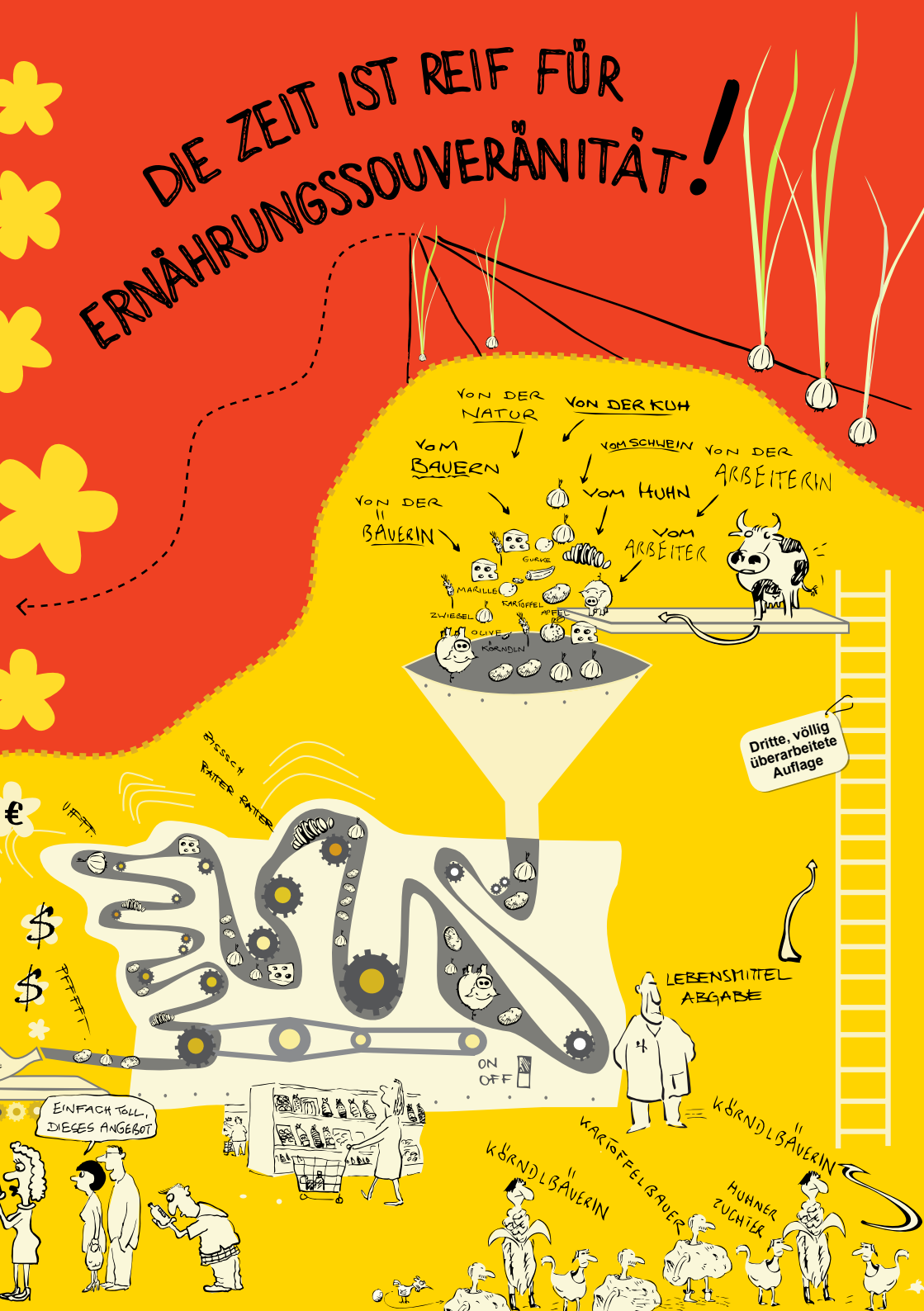


DIE ZEIT IST REIF FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT!



„Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. Sie verteidigt das Wohlergehen kommender Generationen und bezieht sie ein in unser vorsorgendes Denken. Sie ist eine Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, die in den Händen multinationaler Konzerne liegen. Die Produzierenden sollen in ihren Dörfern und Ländern ihre Formen der Ernährung, Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht selbst bestimmen können. Ernährungssouveränität stellt lokale und nationale Wirtschaft und Märkte in den Mittelpunkt. Sie fördert bäuerliche Landwirtschaft, Familienbetriebe sowie den traditionellen Fischfang und die Weidewirtschaft. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch der Lebensmittel müssen auf sozialer, wirtschaftlicher und umweltbezogener Nachhaltigkeit beruhen. Ernährungssouveränität fördert transparenten Handel, der allen Völkern ein gerechtes Einkommen sichert und den Konsument*innen das Recht verschafft, ihre Nahrungsmittel zu kontrollieren. Sie garantiert, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegen, die das Essen erzeugen. Ernährungssouveränität bildet und stützt neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen.“ *Nyeleni-Deklaration 2007*



„Das moderne Lebensmittelsystem wurde von einer Handvoll privilegierter Menschen geschaffen. Ernährungssouveränität besteht darauf, dass dies illegitim ist, weil die Gestaltung unseres Gesellschaftssystems nicht das Privileg von Wenigen, sondern das Recht von Allen ist.“ *Raj Patel*



Impressum

Wir bitten um eine Spende für die Broschüre.

Die Einkünfte dienen der Bezahlung der Broschüre und kommen weiteren Projekten für Ernährungssouveränität zugute.

Bestellen unter: office@viacampesina.at oder verwaltung@attac.at

Online unter:

<http://www.viacampesina.at>

<http://www.attac.at>



Für die Texte gilt eine Creative Commons Lizenz

Dritte komplett überarbeitete Auflage, April 2018

Herausgeberinnen: ÖBV-Via Campesina Austria & AgrarAttac

Redaktion: Carla Weinzierl, Franziskus Forster, Isabelle Schützenberger, Julianna Fehlinger

Korrektorat: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger

Layout: Isabella Zieritz und Katharina Forster

Zeichnungen: MUCH Unterleitner

Grafik: Iris Frey

Grafik und Zeichnungen dürfen nicht von Dritten verwendet werden.

Druck: Atlasdruck GmbH

Vielen Dank für die freundliche Unterstützung:



Finanzielle Unterstützung durch



Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!

Editorial

Alle Menschen müssen essen. Das Recht auf Nahrung steht allen Menschen zu und doch wird es vielen verwehrt. Um die Zukunft der Ernährung wird derzeit heftig gerungen. Weltweit treten soziale Bewegungen für Ernährungssouveränität ein: Eine „Welt ohne Hunger“, das Gute Leben für alle ist die Perspektive.

Ernährungssouveränität ist eine wichtige Antwort von sozialen Bewegungen weltweit auf die soziale und ökologische Krise. Es geht um nichts Weniger, als eine neue, demokratische Gestaltung unseres Agrar- und Lebensmittelsystems.

Das erste globale Nyeleni-Forum zu Ernährungssouveränität fand 2007 in Mali statt. Deutlich wurde damals die Notwendigkeit, dass es auch in Europa eine starke Bewegung braucht, da gerade hier großer Veränderungsbedarf besteht. Deshalb fand 2011 und 2016 europäische Nyeleni-Foren in Österreich und in Rumänien statt und im April 2014 das erste österreichische Forum für Ernährungssouveränität in Goldegg (Salzburg). Diese dritte überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage der Broschüre ist auf Basis dieser Erfahrungen entstanden. Sie soll die bestehenden Bewegungen in Österreich sichtbar machen und zur Reflexion und zum Austausch beitragen.

Wir hoffen, dass diese Sammlung von Ideen, Ansatzpunkten und Alternativen spannende Einblicke ermöglicht, Horizonte erweitert und nicht zuletzt auch motiviert. Auf den letzten Seiten befinden sich darum einige Literaturhinweise und Links zum weiterlesen, vernetzen und aktiv werden.

Ein großes Dankeschön möchten wir den Autor*innen der Artikel aussprechen, welche allesamt als Bäuerinnen und Bauern, Aktivist*innen oder Wissenschaftler*innen in der Bewegung für Ernährungssouveränität aktiv sind oder ihr nahe stehen. Auch bei der Lektorin, den Layouterinnen und der Grafikerin möchten wir uns bedanken. Wir bedanken uns natürlich auch bei den Unterstützer*innen.

Die Redaktion, März 2018

Julianna Fehlinger, Franziskus Forster, Isabelle Schützenberger und Carla Weinzierl sind aktiv bei der ÖBV, bei AgrarAttac und in der Bewegung für Ernährungssouveränität



INHALTSVERZEICHNIS

Ernährungssouveränität: Globalize Struggle! Globalize Hope!	3
Kleinbäuer*innen ernähren die Welt	5
Krisen, die imperiale Lebensweise und darüber hinaus	7
Alles grün, alles gut? Green Grabbing und die Finanzialisierung der Natur	10
Land Grabbing: Investitionen in den Hunger	12
Für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben	14
Arbeitsrechte von Erntehelfer*innen: Renovieren, Babysitten, Kraut ernten	16
Es beginnt mit dem Saatgut – befreien wir die Vielfalt!	18
Super Markt - Wen erschlägt der Tiefpreishammer?	20
...und in der Stadt? Aktivismus und Kommunalpolitik	24
Solidarisch landwirtschaften in Österreich	26
Erfolgsgeschichte Food Coops?	28
Frauen in der Landwirtschaft: Das gute Leben für alle	30
Rechter Rand am Land?	32
Biolandwirtschaft = Bäuerliche Landwirtschaft?	35
Zugang zu Land – Land in Sicht?	37
Demokratische Lebensmittelpolitik statt Wachsen oder Weichen	40
Milch. Macht. Politik.	42
Ernährungssouveränität heißt Anders Handeln!	44
Ernährungssouveränität – gemeinsam(e) Wege gehen	46
Literatur, Links, Kontakte... ...zum weiterlesen, vertiefen und aktiv werden	48



Ernährungssouveränität: Globalize Struggle! Globalize Hope!

Machen wir ein kleines Gedankenexperiment: Stellen wir uns vor, wir haben eine Glaskugel vor uns, die uns über einen Zauber ermöglicht, die konkreten Geschichten hinter unseren Lebensmitteln zu sehen. Nicht nur die abstrakten wie „Lebensmittelkilometer“ oder auch den „ökologischen Fußabdruck“, obwohl diese auch sehr wichtig sind. Nein, die wirkliche Geschichte der Dinge. Wir könnten die konkreten Personen sehen, die an ihrer Herstellung beteiligt sind. Auch diejenigen, die erstere versorgen, während sie diese Dinge herstellen. Und diejenigen, die dadurch zu kurz kommen, weil diese Dinge auf diese Art und Weise hergestellt, verteilt und konsumiert werden.

Es würde sichtbar, wie unser Lebensmittelsystem mit unterschiedlichsten Erfahrungen und mit weltweiter Ungleichheit verwoben ist: zwischen Geschlechtern, zwischen Klassen, zwischen Nord und Süd, zwischen ethnischen Gruppen. Es würde auch sichtbar, wie sehr wir selbst darin verstrickt sind. Es würde sichtbar, dass nicht nur unermessliche „externalisierte ökologische Kosten“ damit verbunden sind, sondern eben auch konkrete Menschen, die in dem System aber ausgeschlossen und unsichtbar gemacht werden. Kurzum: Es würde die fundamentale soziale und ökologische Krise sichtbar werden, in der das Agrar- und Lebensmittelsystem derzeit steckt. Es würde sichtbar werden, dass diese Krise sehr viel mit dem bestehenden Wirtschaftssystem zu tun hat. Und dass im Zentrum dessen ungerechte Macht- und Herrschaftsverhältnisse stehen.

Welche Lebensmittel sollen produziert werden, von wem, unter welchen Bedingungen, wie, warum und für wen? Das sind entscheidende

Zukunftsfragen. Die Menschen, die Betroffenen, die in dieser Glaskugel erscheinen, sollten dabei etwas zu sagen haben, sollten mitbestimmen und mitgestalten können. Genau das fordert Ernährungssouveränität ein. Das ist Voraussetzung dafür, dass Lebensmittel produziert werden, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, anstatt Nahrungsmittel als Waren für Profite zu produzieren. Aktuell sind ein Neuntel aller Menschen aus diesem System ausgeschlossen: Sie können sich das Essen ganz einfach nicht leisten. Es ist heute offenkundig, dass es nichts weniger als einen Paradigmenwechsel im Lebensmittelsystem braucht. Die ökologischen, sozialen und energetischen Bilanzen sind negativ: „Weiter wie bisher ist keine Option“, stellt der Weltagrarbericht in äußerst klaren Worten fest.

Es ist nun klar, dass die bloße „Mitbestimmung über das Supermarktregal“ bei weitem nicht ausreicht. Geschweige denn, auch noch darüber mitzuentcheiden, wie das Lebensmittelsystem denn nun aussehen soll. Das Gleiche gilt für Kleinbäuerinnen und -bauern, für Landlose, für Tagelöhner*innen und viele mehr. Diese Menschen haben viel zu wenig zu sagen in diesem System – doch geht es gerade um ihre, um unsere, Zukunft. Gefordert ist eine umfassende politische und ökonomische Demokratisierung.

Ernährungssouveränität jetzt!

Ernährungssouveränität ist das Recht von Menschen, über die Art und Weise der Produktion, der Verteilung und der Konsumtion von Lebensmitteln selbst zu bestimmen. Es geht um die Eröffnung eines umfassenden demokratischen Prozesses in Bezug auf diese entscheidenden Zukunftsfragen. Dabei ist das Konzept nicht ein-

fach mit „Ernährungssicherheit“ gleichzusetzen, da hier jene Fragen ausgeblendet bleiben, die Ernährungssouveränität gerade ins Zentrum rückt: Im Verlauf der Geschichte der Landwirtschaft wurden unter „Ernährungssicherheit“ jene Politiken vorangetrieben, die in die gegenwärtige Krise geführt haben. Das Konzept der Ernährungssouveränität zielt auf die Schaffung der Voraussetzungen für wirkliche Ernährungssicherheit für alle. Und dieser Prozess muss von den direkt Betroffenen selbst ausgehen. Das Konzept wurde Mitte der 1990er Jahre von der weltweiten Kleinbäuerinnen- und -bauern-Organisation La Via Campesina entwickelt. Es versucht, Gestaltungsspielräume für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Zukunft anzueignen und dafür immer mehr Menschen einzubeziehen, um damit einem neuen System im wahrsten Sinne des Wortes „den Boden zu bereiten“. Um das zu erreichen, braucht es nicht einfach mehr Nahrungsmittel. Es braucht ein anderes Lebensmittelsystem und eine andere Form der Verteilung, die nicht den Großteil der Ressourcen dafür verwendet, möglichst viel in Richtung „kaufkräftige Nachfrage“ zu befördern. Es braucht ein Lebensmittelsystem, das nicht die Zerstörung kleinbäuerlicher, nachhaltiger Landwirtschaft und damit Armut und Hunger laufend produziert. Es braucht eine Landwirtschaft, die vielfältig, lokal angepasst und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist.

...aber wie?

Mit der globalen Bewegung für Ernährungssouveränität ist ein Prozess der kontinuierlichen Ausarbeitung und Weiterentwicklung des Konzepts verbunden. Es geht darum, auf einer partizipativen Basis das Lebensmittelsystem neu zu denken und neu zu gestalten. Dieser Prozess ist zentral. Ernährungssouveränität ist kein fertiges Modell für die Welt. Es ist nicht die Sache

einer „Regierung“, die eine Definition vorlegt, wie all das ablaufen soll. Zentral ist vielmehr die Tatsache, dass wir uns darin einbringen und uns daran beteiligen. Diese Broschüre zeigt viele Beispiele auf, wie das gehen könnte.

Ernährungssouveränität fordert uns heraus, die Beziehungen zwischen Ernährung, Landwirtschaft und Natur, sowie ihre Rollen in der Gesellschaft neu zu bestimmen. Sie fordert uns heraus, die Beziehungen zwischen uns allen zu hinterfragen und zu verändern. Hier und jetzt, im alltäglichen Umfeld, mit kritischem Blick auf unsere globalen sozialen und ökologischen Beziehungen: Das ist die Basis dafür, die Dinge dann tatsächlich anders zu sehen und anders zu gestalten. Ganz ohne Zauber müssen wir Herrschaftsverhältnisse überwinden. Dadurch ist Ernährungssouveränität ein Weg, um den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel anzugehen, der sich in Zeiten der globalen sozial-ökologischen Krise aufdrängt. Globalize Struggle! Globalize Hope!

Franziskus Forster ist Aktivist bei AgramAttac und arbeitet bei der ÖBV-Via Campesina Austria.



Kleinbäuer*innen ernähren die Welt

Bäuerinnen und Bauern auf Klein- und Kleinstbetrieben bauen den größten Teil aller weltweit produzierten Lebensmittel an. Damit sie auch in Zukunft die Welt ernähren können, müssen Ernährungssouveränität und kleinbäuerliche Rechte durchgesetzt werden.

Angesichts von 815 Millionen hungernden Menschen ist es höchst an der Zeit, dass wir uns alle Gedanken machen, welches Lebensmittel- und Agrarsystem wir brauchen und wollen. Soll und wird es in Zukunft überhaupt noch Bäuerinnen und Bauern geben? Welchen Platz in unseren Gesellschaften, was für eine Rolle sollen und wollen Bäuerinnen und Bauern einnehmen?

Die Auseinandersetzung mit diesem Thema darf nicht den Regierungen, transnationalen Konzernen und Institutionen wie der Welthandelsorganisation und schon gar nicht einer dem Wettbewerbsdogma verfallenen (Agrar-)Wissenschaft überlassen werden. Denn diese nehmen die seit zehn Jahren periodisch wiederkehrende „Ernährungskrise“ zum Anlass, altbekannte Lösungsvorschläge auszugraben. Produktivitätssteigerung mittels Technologieeinsatz heißt die Devise, eine zweite „Grüne Revolution“ für Afrika wird beschworen, eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels vorangetrieben. Bevölkerungswachstumsprognosen und kolportierte Horrorszenarien dienen dazu, der Agroidustrie samt Gentechnik, Pestiziden und Großgrundbesitz Tür und Tor zu öffnen. Die vorgeschlagenen Rezepte zur Bewältigung der Krisen bezwecken eine Fortsetzung und Beschleunigung der bisherigen Politik – einer Politik, die nach Ansicht vieler bäuerlicher und sozialer Bewegungen den aktuellen Zustand maßgeblich verursacht hat.

„Bäuerliche Landwirtschaft kann angesichts des Bevölkerungswachstums die Welt nicht ernähren.“

Dieser Einwand ist in der Wissenschaft und der öffentlichen Meinung weit verbreitet. Wie kommen wir also dazu, diese Vorbehalte einfach so vom Tisch zu wischen? Zunächst einmal könnten wir fragen: Wer ernährt die Welt denn jetzt? In großen Teilen der Welt ist es nämlich nach wie vor die kleinbäuerliche Landwirtschaft.

2,5 Milliarden Menschen leben hauptsächlich von landwirtschaftlichen Tätigkeiten. 85 Prozent der Bauern und Bäuerinnen weltweit bewirtschaften weniger als zwei Hektar Land, bauen



aber den größten Teil aller weltweit produzierten Lebensmittel an. Dabei soll gar nicht bestritten werden, dass die Produktivität der Landwirtschaft in vielen Regionen gesteigert werden müsste. Doch dazu brauchen Kleinbäuerinnen und -bauern Zugang zu Märkten, Transport- und Lagermöglichkeiten, zu Wasser, Krediten und Saatgut und vor allem auch Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung, die nicht vom Wachstumsdogma getrieben ist. Mit relativ geringem Aufwand, dem Einsatz von agrarökologischen

Methoden und dem Zugang zu geeignetem, regional angepasstem Saatgut könn(t)en enorme Produktivitätszuwächse erreicht werden.

Kleinbäuer*innen machen mehr aus ihrem Land

Ob ein Betrieb klein oder groß ist, hat zunächst nicht sehr viel damit zu tun, wie dort gewirtschaftet wird. Tendenziell können wir aber feststellen, dass es ab einer bestimmten Betriebsgröße zunehmend zu agroindustriellen Bewirtschaftungsformen kommt, die auf Massenproduktion und schnelle Profite abzielen. Studien zeigen zudem, dass diversifizierte kleine Betriebe weitaus produktiver

und -bauern dazu tendieren, das meiste aus ihrem Land zu machen, dass sie also Zwischen- und Mischkulturen anbauen, ihre Fruchtfolgen optimieren und jeden Winkel ausnützen.

Der Kampf für die kleinbäuerlichen Rechte

Damit Kleinbäuerinnen und -bauern die Welt ernähren und ihre vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen erbringen können, müssen wir ihre Rechte schützen und gewährleisten. Seit 15 Jahren kämpft die globale kleinbäuerliche Bewegung La Via Campesina gemeinsam mit FIAN und vielen Unterstützer*innen für eine internationale Deklaration für die Rechte von Kleinbäuerinnen, -bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten. Eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats in Genf arbeitet seit 2012 an solch einer Deklaration.

Mit der Erklärung sollen die kleinbäuerlichen Rechte (zum Beispiel Recht auf Land, Saatgut, Biodiversität, angemessenes Einkommen und Lebensunterhalt sowie Zugang zu Produktionsmitteln) gefördert und geschützt sowie auf die Bedrohungen und Diskriminierungen aufmerksam gemacht werden, unter denen Bäuerinnen, Bauern und andere Menschen, die in der Nahrungsmittelproduktion arbeiten, leiden. Denn: ohne Bäuerinnen und Bauern kein Essen. Stärken wir gemeinsam ihre Rechte!

***Irmi Salzer** ist Kleinbäuerin und arbeitete mehr als 10 Jahre bei der ÖBV, der Österreichischen Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung.*



sind als große Farmen mit Monokulturen. Der herkömmliche Produktivitätsbegriff, der nur auf den Ertrag einer einzelnen Kultur oder auf die Produktionsleistung pro Arbeits- oder Kapitaleinheit abzielt, lässt nämlich wesentliche Faktoren außer Acht. Zieht man Effizienz- und Produktivitätskriterien heran, die alle eingesetzten Produktionsfaktoren berücksichtigen (das heißt neben Arbeitskraft und Kapital auch Energie, Dünger, Wasser und Land), dann schneiden kleine Betriebe in der Mehrzahl der Fälle besser ab als große. Dies rührt daher, dass Kleinbäuerinnen

Krisen, die imperiale Lebensweise und darüber hinaus...

Was Ursachen der aktuellen Krisen sind, wo es an der Krisenbearbeitung hakt und welche Rolle soziale Bewegungen dabei haben, erläutert Markus Wissen im Gespräch mit der Redaktion.

Du schreibst immer wieder, dass wir in einer „Vielfachkrise“ leben. Was verstehst du darunter?

Das heißt erstens, dass Krisenphänomene in verschiedenen Bereichen zeitlich zusammenfallen: in den Bereichen Ernährung (zum Beispiel Steigerung der Nahrungsmittelpreise in den Jahren 2008 und 2011), Energie und Rohstoffe (ökologische Folgen unseres Energieregimes, Konflikte um metallische Ressourcen), Ökologie (Klimawandel, Biodiversitätsverlust), Wirtschaft/Finanzen (die Folgen der großen Krise 2007ff), Demokratie (die autoritäre Krisenbearbeitung, das Erstarken der extremen Rechten). Der zweite Punkt ist, dass es einen Zusammenhang zwischen den Krisenphänomenen gibt, sowohl bei der Verursachung als auch bei der Bearbeitung.

Welche Zusammenhänge siehst du in der Verursachung und Bearbeitung der verschiedenen Krisenphänomene?

Unser fossilistisches (also auf dem Einsatz fossiler Energieträger beruhendes) Energie- und Ernährungsregime ist maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich, der seinerseits gesellschaftliche Ungleichheiten – etwa im Hinblick auf die Verteilung von Land und den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen – verschärft. Auch die vorherrschenden „grünkapitalistischen“ Formen der Bearbeitung des Klimawandels können soziale Krisen hervorrufen bzw. verstärken. Wenn zum Beispiel Erdöl teilweise durch Agrartreibstoffe ersetzt wird, dann nimmt die Flächenkonkurrenz zwischen

der Agrartreibstoffproduktion und der Erzeugung von Lebensmitteln zu. Allgemein steigt die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Mais, Zuckerrohr oder Palmöl, aus denen sich nicht nur Lebensmittel, sondern auch Agrartreibstoffe herstellen lassen.

Worin liegt die Bedeutung von Finanz- und Wirtschaftskrisen?

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007ff. suchten Finanzinvestoren nach neuen Anlagemöglichkeiten. Dabei rückte „Natur“ – Agrarflächen, auf denen Lebensmittel oder Agrartreibstoffe produziert werden, oder Wälder, die CO₂ absorbieren – zunehmend in ihren Blickwinkel. Damit lässt sich zwar nicht unbedingt das schnelle Geld machen. Aber die Geldanlagen sind sicherer als etwa die hoch spekulativen Investitionen, die zuvor in die „New Economy“ oder den Immobiliensektor getätigt und dann in den Krisen 2000 bzw. 2007/8 entwertet wurden. Landwirtschaftliche Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln werden immer gebraucht. Dasselbe gilt wegen des Klimawandels auf absehbare Zeit für Kapazitäten zur Absorption von CO₂. Insofern sind Investitionen in Natur eine langfristige und vergleichsweise sichere Geldanlage. Für die Menschen in den



betroffenen Regionen können sie dagegen fatal sein: Wenn Wälder auf ihre Funktion als CO₂-Senken reduziert werden, dann kann das bedeuten, dass bisherige Praktiken der Waldbewirtschaftung seitens der Einheimischen verdrängt werden. Dasselbe gilt für kleinbäuerliche landwirtschaftliche Praktiken, die von einer industriellen Lebensmittel- oder Agrartreibstoffproduktion marginalisiert werden.

Was wird bei der Krisenbearbeitung gegenwärtig ausgeblendet?

In der Klimapolitik geht es vor allem darum, CO₂-Emissionen zu reduzieren. Wo und wie dies geschieht, spielt kaum eine Rolle. Dabei wird ausgeblendet, dass auch der Klimawandel eine „Verteilungsfrage“ ist, dass also die Verantwortung für ihn, die Betroffenheit von ihm und die Möglichkeit, sich seinen Folgen zu entziehen, sozial höchst ungleich verteilt sind. Ausgeblendet bleiben vor allem die zentralen Ursachen der ökologischen Krise, nämlich die fossilistischen Produktions- und Konsummuster, wie sie in den Ländern des globalen Nordens vorherrschen und den Kern einer imperialen Lebensweise bilden: die Normalität des Autofahrens, der Billigflüge, des hohen Fleischkonsums und Energieverbrauchs. Solange diese nicht infrage gestellt werden, sondern so getan wird, als könne mensch sie ökologisch modernisieren, wird sich die Krise für einen großen Teil der Weltbevölkerung weiter verschärfen.

Was genau verstehst du unter „imperialer Lebensweise“?

Das ist ein Begriff, mit dem Ulrich Brand und ich arbeiten. Imperial ist die Lebensweise des globalen Nordens, weil sie einen überproportionalen und tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Arbeitskraft, Ressourcen und Senken (zum Beispiel Wälder) in anderen Teilen der Welt beinhaltet. Sie ist nicht verallgemeinerbar, sondern

hoch exklusiv, weil sie ein Außen braucht, auf das sich ihre sozialen und ökologischen Kosten verlagern lassen. Zu diesem Außen gehören Menschen im globalen Süden, etwa afrikanische Kinder, die aus europäischem Elektronikschrott unter Einsatz ihrer Gesundheit die noch verwertbaren Teile herausklauben; zu ihm gehören auch die Ökosysteme im globalen Süden, denen die Ressourcen zur Herstellung unserer Konsum-



güter entnommen werden und die als Schadstoffsinken unsere CO₂-Emissionen teilweise absorbieren. Derzeit erleben wir, dass sich die Ober- und Mittelklassen in den Schwellenländern die Lebensweise des globalen Nordens zu eigen machen. Damit nimmt die Konkurrenz um die globalen Senken, Ressourcen und Arbeitskräfte zu.

Was meinst du mit „Konsummustern“? Individuellen Konsum?

Ich meine damit nicht individuelle Lebensstile, sondern tief in den Alltagspraktiken der Menschen verankerte und von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gestützte Orientierungen. Das bedeutet auch, dass individuelle Verhaltensänderungen nicht der einzige Ansatzpunkt sein können. Sie sind zweifellos wichtig, aber es müssen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert

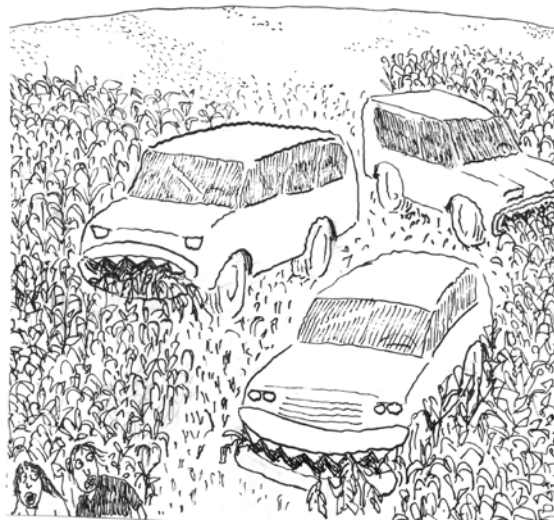
werden, die sozial und ökologisch zerstörerische Verhaltensmuster hervorbringen. Das wird nicht ohne Verteilungskonflikte möglich sein, denn die fossilistischen Konsummuster sind nicht nur im Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch im Hinblick auf unsere Gesellschaften alles andere als sozial neutral. Die meiste Energie wird von den Mittel- und Oberklassen verbraucht, und nicht von den gesellschaftlich Schwächeren. Es sind die Oberklassen, die sich Luxusgeländewagen leisten können. Ärmere Haushalte verfügen gar nicht über die Mittel, um auf diese Weise CO₂ zu emittieren und andere Menschen zu gefährden. Außerdem gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede im Energieverbrauch, und zwar derart, dass im globalen Norden durch die Konsummuster von Männern mehr CO₂ emittiert wird als durch jene von Frauen.

Was wären stattdessen Ansatzpunkte für soziale Bewegungen oder auch mögliche Projekte, um diese Probleme an den Wurzeln anpacken zu können?

Eben diese Phänomene zu politisieren ist eine wichtige Aufgabe von sozialen Bewegungen. Es geht darum, die Menschen darauf hinzuweisen, dass effiziente Klimapolitik oft nicht da betrieben wird, wo Klimapolitik draufsteht. Die internationale Klimapolitik ist primär Geo- und Wirtschaftspolitik; es geht um die machtförmige Neujustierung des Verhältnisses zwischen Nord und Süd. Es ist deshalb kein Zufall, dass zu Trumps nationalistischer „America-First“-Strategie auch der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen gehört. Wirksame Klimapolitik setzt voraus, dass die fossilistischen Konsum- und Produktionsmuster politisiert werden, dass die Normalität des Autofahrens, des hohen Fleischkonsums, der industriellen Landwirtschaft als solche hinterfragt und in ihrer Macht- und Herrschaftsförmigkeit, ihrer sozialen und ökologischen Destruktivität sichtbar gemacht wird, und dass Mensch für eine

Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse streitet. Und da passiert natürlich auch sehr viel. So politisiert die Bewegung für Ernährungssouveränität die ökologische Krise in ihrem Problemerkern, und nicht nur die ökologische Krise, sondern auch ungleiche Verteilungs- und Produktionsverhältnisse. Denn eine sozial und ökologisch gerechte Landwirtschaft, eine dezentralisierte und demokratisierte Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien und ein Ausbau des öffentlichen Personen- und Gütertransports schaffen gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze. Es geht darum, die Frage der Suffizienz, also danach, was wir zu einem guten Leben brauchen, gegenüber (zweifelloso notwendigen) Effizienzstrategien und solchen der ökologischen Modernisierung zu stärken. Hierin sehe ich eine entscheidende Aufgabe von kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen.

Markus Wissen lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Zusammen mit Ulrich Brand hat er 2017 das Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ veröffentlicht.



Alles grün, alles gut?

Green Grabbing und die Finanzialisierung der Natur

Grüne Supermärkte. Biodiesel im Auto. Klimasmarte Landwirtschaft. Grüne Kompensationszahlungen für „klimaneutrale“ Flüge. Grün boomt. Es stellt sich jedoch die Frage, was hinter dem globalen grünen Hype steckt. Rettet er uns wie versprochen – oder zieht er nicht viel eher auch negative Folgen nach sich?

Landwirtschaft und Ernährung sind für einen großen Anteil der klimaschädlichen Treibhausgase verantwortlich. Rechnen wir die Abholzung von Regenwald, Transport der globalisierten Warenströme, Verpackung und weiteres mit ein, macht das rund 50 Prozent aller menschengemachten Emissionen aus. Aus Perspektive der Ernährungssoveränität liegt die Antwort auf der Hand: Agrarökologische, kreislaforientierte Anbaumethoden und regionalisiertere Wirtschaftskreisläufe sowie eine zunehmend pflanzenbasierte kulturell angepasste Ernährung wären Wege, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Doch das wäre wenig profitabel und würde einiges auf den Kopf stellen.

Daher sieht der derzeitige Umgang mit der Klimakrise anders aus. Die neuen Leitbilder heißen „Bioökonomie“ oder „Green Economy“. Sie versprechen, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu verbinden. Der Verbrauch von Ressourcen und der Ausstoß der Emissionen sollen sich trotz Wirtschaftswachstums reduzieren. Diese Entkoppelung soll hauptsächlich durch technologische Effizienz stattfinden. Umweltschutz soll zudem rentabel gemacht werden – neue Märkte für das „Naturkapital“ sollen entstehen, Biodiversität und Emissionen können (teilweise am Finanzmarkt) gehandelt werden. Die Logik dahinter: Natur wird geschützt, indem

sie verkauft wird. Eine neue Welle der Privatisierungen und der „Finanzialisierung der Natur“ hat begonnen, um im Namen des Umweltschutzes die Wirtschaft anzukurbeln.

Climate Smart Agriculture

Ein Beispiel für die aktuelle Logik des Klimaschutzes ist „Climate Smart Agriculture“, welche FAO (Food and Agriculture Organisation der UNO), Weltbank und einige Agrarkonzerne seit ein paar Jahren vorantreiben. Smart deshalb, weil es scheinbar den Klimawandel bekämpft, ohne dabei auf exportorientierte industrialisierte Landwirtschaft verzichten zu müssen.

Die Logik von Climate Smart Agriculture lautet meist folgendermaßen: Wenn auf einer landwirtschaftlichen Fläche die Produktivität erhöht wird – durch den Einsatz von Pestiziden, Chemiedünger oder Gentechnik –, muss die landwirtschaftliche Fläche nicht ausgeweitet werden und Wald kann als Senke für Treibhausgase erhalten bleiben. Und wenn zudem berechnet wird, wie viel Treibhausgase durch die unterlassene Landnutzungsänderung und andere Methoden eingespart werden, kann der Emissionshandel diesen Aufwand finanziell honorieren.

Neben den oft schädlichen agrarindustriellen Methoden tun sich dabei weitere Probleme auf: Einerseits sind die Berechnungen der Kohlenstoffspeicherung in Böden oder Wäldern höchst zweifelhaft und wissenschaftlich nicht haltbar. Viel Geld geht in Kalkulationen und jene Firmen, die entlang der Emissionshandelskette auf Profit hoffen. Bei den Bäuerinnen und Bauern kommt selten an, was versprochen wurde – Marktpreise schwanken schließlich. Wenn wenig Nachfrage



oder ein zu großes Angebot an Emissionsgutschriften besteht, sinken die Preise. Im Falle des „Kenya Agricultural Carbon Project“ (das vom BioCarbon Fund der Weltbank finanziert wird und neben Entwicklungsagenturen auch die „Syngenta-Stiftung für Nachhaltige Landwirtschaft“ anführt), waren es beispielsweise 2 bis 5 US-Dollar pro Hektar und Jahr, die Bäuerinnen und Bauern dafür bekamen, dass anderswo weiter wie bisher von der klimaschädlichen Wirtschaftsweise profitiert werden kann.

Grüner Kolonialismus

Werden Emissionsgutschriften verkauft, dann erhalten damit andere das Recht, mehr Emissionen auszustoßen – beispielsweise ein Kohle- oder Gaskraftwerk in Österreich. Oder eine Fluggesellschaft. Europäische Vielflieger*innen können dann ruhigen Gewissens scheinbar „CO₂-neutral“ weiterfliegen. Viele indigene Organisationen und die Bewegung für Klimagerechtigkeit zeigen auf, dass dies eine Form des „Grünen Kolonialismus“ ist. Damit wir unsere imperiale Lebensweise aufrechterhalten können, sollen Kleinbäuerinnen und -bauern im Globalen Süden, die kaum Verantwortung an der Klimakrise tragen, die Arbeit machen. Teilweise führen grüne landbasierte Projekte auch zu Privatisierung, Repression und Vertreibungen – zum Beispiel, wenn militärisch überwacht wird, dass für eine neue Waldschutzzone und CO₂-Emissionsprojekte kein traditioneller Wanderfeldbau mehr betrieben wird.

„Die Felder unserer Bäuer*innen in CO₂-Speicher zu verwandeln – deren Gutschriften dann auf dem Emissionsmarkt verkauft werden können – wird uns nur weiter davon entfernen, was wir als wirkliche Lösung sehen: Ernährungssouveränität. Der Kohlenstoff in unseren Bauernhöfen ist nicht käuflich!“, so die klare Aussage von La Via Campesina.

Sind grüne Initiativen wie Emissionshandel oder klima-neutrale Landwirtschaft besser als gar nichts? Viele Kritiker*innen erkennen darin dieselbe neoliberale Logik, ein von Beherrschung und Ausbeutung dominiertes Naturverhältnis, und ein Manöver, das von notwendigen systemischen Veränderungen ablenkt. Nicht grüne Flüge also, sondern weniger Flüge muss die Devise lauten. Natur nicht schützen, indem wir sie privatisieren, sondern indem es feste Regeln gegen Naturzerstörung gibt und ein sorgsamer Umgang mit unserer Umwelt von klein auf geübt wird. Agrarökologie statt klima-smarte Landwirtschaft!

Magdalena Heuwieser ist in der Bewegung für Klimagerechtigkeit „System Change, not Climate Change!“ und in der Nyéléni-Bewegung aktiv.



Land Grabbing: Investitionen in den Hunger

In den letzten Jahren war in Ländern des Globalen Südens sowie auch zunehmend in Europa ein regelrechter Land-Grabbing-Boom zu beobachten. Dieser Zugriff auf Land hat negative Auswirkungen auf das Menschenrecht auf Nahrung. Regierungen und Investoren versuchen Landnahmen als Strategien der Armutsbekämpfung und Entwicklung des ländlichen Raums zu verkaufen. Fakt ist jedoch, dass neben massiven Menschenrechtsverletzungen – wie brutalen Vertreibungen oder Zerstörungen von Feldern – auf den neuen Megaplantagen sehr viel weniger Menschen Arbeit finden als in den bäuerlichen Strukturen zuvor.



Was ist Land Grabbing?

Modernes Land Grabbing ist das Ergreifen der Kontrolle über relativ große Landflächen und andere natürliche Ressourcen durch eine Reihe von Mechanismen – meist unter dem Einsatz großer Kapitalsummen. Häufig kommt es zu einer Umorientierung von einer vormals lokalen Ressourcennutzung hin zu einer Form, die Profit- und Ressourcenextraktion ins Zentrum rückt. Es ist eine Antwort des Kapitals auf die Nahrungs-, Energie-

und Finanzkrise, auf den erhöhten Landbedarf für „grüne“ Klimaschutzmaßnahmen und den Ressourcenbedarf der neuen globalen Zentren. Das Land, das hier ins Visier gerät, wird in der Regel bereits von Bäuer*innen, Fischer*innen, Hirt*innen oder Waldbewohner*innen genutzt. Grundlage dafür sind oft traditionelle Landnutzungsrechte. Meist handelt es sich um Gegenden, in denen der Staat nie eine starke Präsenz hatte. Dennoch spielt der Staat eine Schlüsselrolle bei diesen Landgeschäften. Indem er etwa dieses Land als „marginale“ und „verfügbares“ Land definiert, klassifiziert er Landeinheiten neu, nimmt Umwidmungen und Enteignungen vor und führt (Um-)Verteilungs- oder Aberkennungsprozesse durch.

Sierra Leone: Land Grabbing für Agrosprit

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes und der erneuerbaren Energiegewinnung werden in einigen afrikanischen Ländern in großem Maßstab Pflanzen wie Ölpalmen, Zuckerrohr oder Mais angebaut, um Agrartreibstoffe für den europäischen Verkehrssektor herzustellen. Daher stehen sowohl unsere Konsummuster als auch Politikvorgaben (Stichwort „Agrosprit“-Beimischungsquote“) in einigen Fällen indirekt in Verbindung zu Land Grabbing in Afrika. Europäische Akteure sind jedoch auch direkt am ausländischen Landerwerb beteiligt. Dass solche Investitionen nicht zielführend für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung sind, zeigen zahlreiche Fallbeispiele.

Für das Addax-Agrosprit-Projekt in Sierra Leone wurden riesige Landflächen verpachtet, um im großen Stil Zuckerrohr für den europäischen Agrartreibstoff-Markt zu produzieren. Die zwischen der Regierung Sierra Leones und



dem Unternehmen ausgehandelten langfristigen Pachtverträge – zunächst 50 Jahre mit einer Verlängerungsmöglichkeit um 20 Jahre – entziehen mehreren Generationen den Zugang zu Land und Wasser. 2015 hat Addax bekannt gegeben, dass das Projekt nicht profitabel sei, hat die Aktivitäten massiv heruntergefahren und an den britischen Konzern Sunbird verkauft. Für die Menschen vor Ort kam diese Meldung vollkommen unerwartet, sie stehen nun vor einer ungewissen Zukunft. Niemand kann genau abschätzen, was mit dem Projekt und dem Land passieren wird.

Wer ist verantwortlich?

Häufig besitzt ein verschachteltes System von Akteuren die Landflächen – über Anteile, Darlehen, in aktiver Kontrolle oder als stille Teilhaber. Das macht es kompliziert, Akteure für die Auswirkungen vor Ort verantwortlich zu machen. Die Rechenschaftspflicht des Staates wird immer öfter mit dem Verweis auf Bank- und Geschäftsgeheimnis zurückgewiesen. Gleichzeitig beanspruchen Finanzinvestoren mehr und mehr Kontroll- und Entscheidungsmacht. Die Erfahrung zeigt, dass solche Konstellationen oft dazu führen, dass Verantwortungen zwischen den verschiedenen Ak-

teuren hin- und hergeschoben werden, während die betroffenen Menschen verlieren.

Land für Menschen

Landlose und landarme Bäuerinnen und Bauern in Ländern des globalen Südens bilden den Großteil der unterernährten Menschen. Was sie brauchen, ist vor allem Land, von dem sie sich selbst in Würde ernähren können. Das Recht auf Nahrung ist als Menschenrecht in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert. Staaten sind durch das Völkerrecht verpflichtet, dieses Recht zu gewährleisten – der Zugang zu Land ist dafür eine Grundvoraussetzung. Nicht durch agroindustrielle Megaplantagen, sondern nur durch demokratische, ökologische und sozial gerechte Zugangs- und Nutzungsformen von Land wird Ernährungssouveränität für alle Menschen möglich.

Brigitte Reisenberger ist Mitarbeiterin der Menschenrechtsorganisation FIAN Österreich, beschäftigt sich mit Zugang zu natürlichen Ressourcen und ist in der Bewegung für Ernährungssouveränität aktiv.

Für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben

Zu Ernährungssouveränität gehört auch die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit

„Wenn das Gold von Mali nach Europa geschafft wird, zirkuliert es frei! Wenn es um Coltan aus dem Kongo geht, um damit Computer zu bauen, ja dann kommt es ohne Probleme nach Europa, selbst in die USA kommt es! Nur die Menschen können sich nicht frei bewegen.“

Klarer könnte es Victor Nzuzi, Bauer und Aktivist aus der D. R. Kongo, bei seinem Interview in der nord-malischen Kleinstadt Nioro du Sahel nahe der mauretanischen Grenze, kaum aussprechen. Dort wurden während der letzten beiden Jahrzehnte tausende Migrant*innen, die auf dem Weg zu den kanarischen Inseln und aufs spanische Festland waren, rückgeschoben. Diese Rückschiebungen fanden in vielen Fällen unter groben Menschenrechtsverletzungen statt – und mit Zutun der Europäischen Union: Frontex, die im Jahr 2005 gegründete Grenzschutzagentur der EU, ist bis weit in den afrikanischen Kontinent hinein aktiv. Die Zahl der Menschen, die dabei ihr Leben verloren haben, geht in die Tausende.

Basisinitiativen fordern asymmetrische Nord-Süd-Verhältnisse heraus

In Nioro du Sahel also, an diesem „Hotspot“ der Externalisierung der EU-Grenzschutzpolitik, machte im Jänner 2011 die Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung Station – ein Zusammenschluss von über 250 europäischen und afrikanischen Basis-Aktivist*innen, der sich zum Ziel gesetzt hatte, mit einem Protest-Zug durch Mali und Senegal die Ungerechtigkeit, die Victor Nzuzi so treffend zum Ausdruck bringt, zu bekämpfen. Denn die über 35.000 Todesopfer, die das EU-Grenzregime seit dem



Jahr 2000 gefordert hat, sind die dramatische Spitze struktureller Unterdrückungs-, Ausgrenzungs- und Ausbeutungsmechanismen. Die Karawane setzte sich zum Ziel, sowohl die Ursachen für Flucht und Migration zu beleuchten als auch antirassistische Kämpfe in Europa und Afrika miteinander zu vernetzen. Die Aktivist*innen traten sowohl für das Recht zu bleiben als auch für das Recht zu gehen ein. Aus der Karawane ging im Jahr 2011 das Netzwerk Afriqae Europe Interact hervor, das bis heute aktiv ist.

Ursprüngliche Akkumulation und Kämpfe der Migration

Die Rohstoffe, die dem afrikanischen Kontinent und seinen Bewohner*innen entrissen werden, werden unter Bedingungen hergestellt, die Karl Marx einst „ursprüngliche Akkumulation“ nannte. Der Abbau von Gold, Petroleum, Uran oder Coltan setzt meist Enteignungen in großem Stil voraus. Diese betreffen in vielen Fällen subsistenzorientierte Kleinbäuerinnen und -bauern, Viehzüchter*innen oder Jäger*innen, die schlicht gezwungen werden, ihr Land zu verlassen oder denen ihr Land zu Spottpreisen – und oftmals unter massivem Druck – abgekauft wird. Zusätzlich spielt das massive Landgrabbing eine wesentliche Rolle. Neben dem Raub natürlicher Ressourcen und dem Aufkauf von Land wird die ursprüngliche Akkumulation in Mali und Senegal auch durch andere Umstände begünstigt: Billigimporte von Lebensmitteln aus Europa, welche die lokalen Märkte ruinieren, fehlende Investitionen in ländliche Infrastruktur (wie Straßen, Weiterverarbeitungsanlagen usw.) aufgrund von Korruption oder Desinteresse der politischen Eliten, sowie die weitere Ausbreitung der

Sahelzone, verstärkt durch den Klimawandel. All diese Faktoren haben in Mali und Senegal dazu geführt, dass die subsistenzorientierte Landwirtschaft immer mehr in Bedrängnis kommt. Ursprüngliche Akkumulation führt zur Freisetzung von Arbeitskräften. Marx nannte diese im doppelten Sinn frei: Frei von ihren Produktionsmitteln (in unserem Fall also oftmals Grund und Boden) und frei, um ihre Arbeitskraft auf einem anonymen Markt zu verkaufen. Einziger Haken: In den meisten (west-)afrikanischen Ländern sind abgesicherte Arbeitsplätze so rar wie gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven im Allgemeinen. Im Gegensatz zum Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als Migrant*innen vom Land in den neu entstehenden industriellen



Zentren relativ leicht Arbeit finden konnten – wenn auch meist unter äußerst miserablen Bedingungen – warten auf die vertriebenen (west-)afrikanischen Bäuerinnen und Bauern weder rauchende Fabriksschloten noch eine dynamische Arbeiter*innenbewegung. Vielmehr drohen Perspektivlosigkeit und Massenarmut in den wachsenden Slums der Städte. Für das europäische Proletariat gab es von Beginn der Industrialisierung bis zum Zweiten Weltkrieg außerdem die vollkommen legale Exit-Option der Auswanderung in die „Neue Welt“. Heute wird Migration aus dem globalen Süden militärisch abgewehrt und kriminalisiert.

Was bleibt als Perspektive? Wohl der Kampf für die globale Bewegungsfreiheit und die Rückeroberung der Lebensgrundlagen für die ländliche Bevölkerung.

Ernährungssouveränität und Bewegungsfreiheit zusammen denken!

Vor dem Hintergrund der Zerstörungswucht kapitalistischer Expansion und andauernder neokolonialer Zurichtung sowie angesichts des Krieges, der gegen Flüchtlinge und Migrant*innen an den Außengrenzen der EU geführt wird, versucht das Netzwerk Afrique Europe Interact die Forderung nach Bewegungsfreiheit und nach Perspektiven für gerechte Entwicklung zu verbinden. Zu gerechter Entwicklung gehört selbstverständlich die Umsetzung von Ernährungssouveränität. Doch selbst, wenn das „Recht zu bleiben“, sprich das Recht im eigenen Land unter würdigen Bedingungen leben zu können, durchgesetzt ist, ist das „Recht zu gehen“ nicht weniger wichtig. Denn wie Tahirou Bah, Teilnehmer der Karawane aus Mali betont: „Wenn es gelingt, in Afrika das Wohlergehen der Bevölkerungen wiederherzustellen, werden die Leute nicht mehr zwingend aus ökonomischen Gründen weggehen, sondern vielmehr um Neues zu erfahren, um sich auszutauschen, um andere Realitäten zu verstehen, um mit anderen zu diskutieren! Nämlich genau so, wie die Europäer*innen es schon die längste Zeit tun können.“

***Alexander Behr** lebt mal da, mal dort und ist im Forum Cívique Européen sowie im Netzwerk „Afrique Europe Interact“ aktiv.*



Arbeitsrechte von Erntehelfer*innen: Renovieren, Babysitten, Kraut ernten – 3,80 Euro/Stunde?!

„Ich habe von 2011 bis 2014 in Tirol als Erntehelfer gearbeitet“, erzählt Andrei Oancea in einem Videoclip der Sezonieri-Kampagne. Er und sein Bruder waren aus Rumänien nach Österreich gekommen, um hier adäquat entlohnte Arbeit zu finden. Aber es kam ganz anders: „Wir haben sieben Tage die Woche gearbeitet, von sechs Uhr in der Früh bis Mitternacht, und haben dafür 3,80 Euro pro Stunde bekommen.“ Außerdem wurden sie nicht nur für die vertraglich festgelegte landwirtschaftliche Arbeit eingeteilt, sondern auch für Hausarbeit, Babysitten, Arbeiten im Wald und auf der Baustelle. Das kommt auf landwirtschaftlichen Betrieben oft vor – gehört ja alles irgendwie dazu!? Irrtum. Es ist nicht erlaubt, jemanden als Landarbeiter*in anzustellen und dann als Haushaltshilfe oder Bauarbeiter*in arbeiten zu lassen. Wenn man dann noch so frech ist, den kollektivvertraglich festgelegten Lohn um

fast die Hälfte auf 3,80 zu „kürzen“, darf man sich nicht wundern, wenn die Arbeitnehmer*innen vor Gericht ziehen. So geschehen im Fall von Andrei und Bogdan Oancea: „Wir sind zur Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) gegangen, um uns über unsere Rechte zu informieren. Die Gewerkschaft hat unserem Chef einen Brief ‚Mit freundlichen Grüßen‘ geschickt und ihn aufgefordert zu zahlen. Der Chef hat nicht bezahlt, deshalb sind wir zwei Mal vor Gericht gegangen.“, und er schließt die kurze Erzählung mit einem Augenzwinkern: „Dann hat er 12.600 Euro gezahlt.“

Heute ist Andrei Aktivist in der Sezonieri-Kampagne, die Erntehelfer*innen rechtlich und politisch unterstützt. Er bringt Infomaterial unter die Arbeiter*innen und dolmetscht Rumänisch. Seine Arbeitserfahrung ist kein Einzelfall.

Violeta P. war sieben Jahre gemeinsam mit sechs weiteren Kolleg*innen auf einem landwirtschaftlichen Betrieb im Tullnerfeld beschäftigt, auf dem vor allem Speisekohl angebaut wurde. Sie arbeiteten regelmäßig mehr als zwölf Stunden am

Tag und richteten die vom Betrieb zur Verfügung gestellte Unterkunft über die Jahre selbst her. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurden nicht richtig entlohnt, Weihnachts- und Urlaubsgeld vorenthalten. Die Stundenlöhne wurden nur auf Druck der Arbeitnehmer*innen erhöht: „Bis April 2014 bekamen wir 3,50 Euro pro Stunde. Dann haben wir gesagt, dass wir nicht mehr wiederkommen – und so hat uns der Bauer 5 Euro pro Stunde bezahlt.“ Der kollektivvertraglich als Minimum festgelegte Stundenlohn für landwirtschaftliche Arbeiter*innen lag 2017 in Niederösterreich bei 6,27 Euro netto. Er wird jedes Jahr für jedes Bundesland neu verhandelt und ist rechtlich bindend – kein*e Landwirt*in kann selbst entscheiden, weniger zu bezahlen. Auch Violeta P. hat ihre Arbeitgeber*innen gemeinsam mit drei Kollegen und mit Hilfe der PRO-GE vor dem Arbeitsgericht in St. Pölten geklagt. „Das hätten wir früher machen müssen, anstatt sieben Jahre lang auf unsere Rechte zu verzichten!“

„SKLAVEN“ IST POLITISCH NICHT KORREKT, WIR ZIEHENES VOR, SIE „ERNTEHÄLFER“ ZU NENNEN



In Österreich sind pro Jahr 30 bis 40.000 Arbeiter*innen im landwirtschaftlichen Niedriglohnsektor beschäftigt: vor allem für manuelle Arbeit wie die Pflege und Ernte von Obst und Gemüse. Die meisten von ihnen kommen aus osteuropäischen EU-Staaten, aus Serbien und der Ukraine. Ihre Arbeitsrechte durchzusetzen oder rückwirkend einzufordern, ist vor allem aufgrund des Drucks, in der kommenden Saison

wieder einen Job zu finden, noch schwieriger als am regulären Arbeitsmarkt. Die Situation in Österreich ist mit vielen Binnen-EU-Ländern vergleichbar. Ganz anders sieht es an den EU-Außengrenzen aus: In Spanien und Italien beispielsweise sind der Anbau und die Verarbeitung von Obst und Gemüse zu großen Teilen von der Arbeitskraft jener abhängig, die illegalisiert in die EU einreisen. Je mehr Angst ein*e Arbeiter*in jedoch vor Abschiebung haben muss, desto weniger wird sie sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen wehren. Möchte man denken! Arbeiter*innen im italienischen Industrietomatenbau haben gezeigt, dass sie auch anders können – mit Blockaden von Tomatensaucenfabrikstoren und Demonstrationen in italienischen Kleinstädten haben sie schon mehr als einmal die Einhaltung ihrer Arbeitsrechte und zugleich den Schutz ihres Aufenthalts erwirkt.

Biokarotten aus dem Marchfeld, Tomatensauce aus Italien, Tricolorepaprika aus Spanien – darüber, wie hart sich die Pflücker*innen und Abpacker*innen ihren Lohn erarbeiten (wenn sie ihn überhaupt bekommen), steht auf den Preisschildern nichts. Von einer Welt mit selbstbestimmter landwirtschaftlicher Arbeit zu träumen, ist richtig; aber solange wir dort noch nicht angekommen sind, müssen wir auch die hunderttausenden Kolleg*innen auf den Feldern und in den Glashäusern Europas in ihrem Kampf für gute Arbeitsbedingungen unterstützen.

Lisa Bolyos ist aktiv in der *Sezonieri* Kampagne für die Rechte von Erntehelfer*innen in Österreich.

Es beginnt mit dem Saatgut – befreien wir die Vielfalt!

Ein altes bäuerliches Sprichwort besagt: „Wer die Saat hat, hat das Sagen“. Doch die meisten machen sich kaum Gedanken über Saatgut. Dabei ist es die Grundlage unseres täglichen Lebens! Wer das Saatgut kontrolliert, bestimmt letztlich, was auf unseren Feldern angebaut wird und auf unsere Teller kommt – und zu welchem Preis.

Saatgut: Vom Gemeingut zum Wirtschaftsgut

Im Laufe des letzten Jahrhunderts entwickelte sich Saatgut von einem Gemeingut, das Bäuerinnen und Bauern selbst vermehrten und untereinander tauschten, zu einem Wirtschaftsgut, das durch geistige Eigentumsrechte (etwa das Sortenschutzsystem und Patente) rechtlich geschützt beziehungsweise privatisiert werden konnte und dessen Verkehr streng reguliert wurde. Saatgut wurde letztlich zu einem Milliardengeschäft, geführt von internationalen Großkonzernen wie Monsanto, Syngenta und DuPont Pioneer. Bereits 2014 kontrollierten fünf Konzerne 95 Prozent des Markts für Gemüsesaatgut innerhalb Europas. Die Konzentration dieses Marktes steigt weiter: Nach dem Zusammenschluss der Weltmarktführer im Saatgut- und Pestizidbereich werden zwei Drittel des Saatguts und der Pestizide in den Händen von nur drei Konzernen sein.

Gleichzeitig ist im 20. Jahrhundert ein Großteil der Vielfalt der Kulturpflanzen, die über Generationen hinweg erhalten und weiterentwickelt wurden, für immer verloren gegangen. Die Welternährungsorganisation (FAO) schätzt den Verlust der Kulturpflanzenvielfalt zwischen 1900 und 2000 weltweit auf 75 Prozent.

Eine wesentliche Rolle in diesen Entwicklungen spielte die Einführung strenger Vorschriften für die Vermarktung von Saatgut, welche die Weitergabe beziehungsweise den Verkauf von Saatgut massiv einschränken. In der EU darf man in der Regel nur Saatgut einer zugelassenen Sorte verkaufen. Um zugelassen zu werden, muss eine Sorte homogen, beständig und unterscheidbar sein – was in der Praxis bedeutet, dass nur standardisierte, uniforme Sorten, die sich auch über mehrere Saisonen nicht ändern, vermarktet werden dürfen. Viele traditionelle oder alte Sorten können diese Kriterien schlicht nicht erfüllen, da die einzelnen Pflanzen unterschiedliche Ausprägungen haben – sie sind nicht „homogen“ genug. Die zeitintensiven und kostspieligen Zulassungsprüfungen machen zudem die Weitergabe beziehungsweise den Verkauf von Saatgut unter Bäuerinnen und Bauern fast unmöglich. Ähnliche Regeln gibt es – zum Teil aufgrund von Verpflichtungen in internationalen Freihandels-



abkommen – auch außerhalb der EU. Hinter den Gesetzen stecken große wirtschaftliche Interessen, denn die strengen Vorschriften nützen Großkonzernen: Da sie vor allem hoch-spezialisierte Hybridsorten züchten, konnten sie mit Saatgut viel Geld verdienen. Denn das Saatgut von Hybridsorten ist für den Nachbau in der Landwirtschaft nicht geeignet. Bäuerinnen und Bauern sind also gezwungen, ihr Saatgut in der nächsten Saison wieder zu kaufen.



Verlust traditionellen Wissens im Umgang mit Saatgut.

Zurück zur Saat – Wieso brauchen wir die Vielfalt?

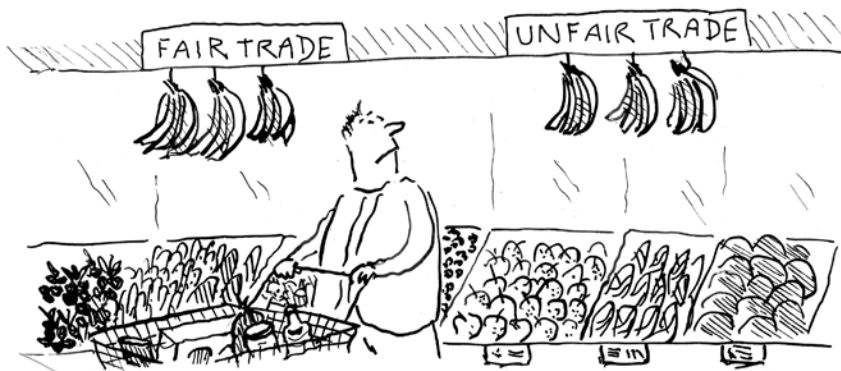
Die Saatgut-Gesetze führen zu einem Verlust der Vielfalt der Kulturpflanzen, die angebaut und somit erhalten werden. Denn für Saatgut gilt die Regel: „use it or lose it“ (nutzen oder verlieren). Man kann Saatgut zwar für eine bestimmte Zeit aufbewahren, es verliert aber mit der Zeit an Keimfähigkeit. Saatgut muss auch im regelmäßigen Abstand wieder angebaut und vermehrt werden, damit es sich an neue (etwa klimatische) Bedingungen anpassen kann. Diese Anpassungsprozesse sind in Zeiten des Klimawandels und des Verlusts fruchtbarer Böden von besonderer Bedeutung: Dank der genetischen Vielfalt innerhalb einer Pflanze sowie innerhalb einer Sorte dürfen sich Pflanzen über die Jahre hinweg „im Dialog“ mit ihrer Umwelt entwickeln und sich an neue Klima- und Bodenbedingungen anpassen und sind somit widerstandsfähiger gegen neue Krankheiten und Schädlinge.

Saatgut-Gesetze schränken zudem bäuerliche Freiheiten ein und schaffen Abhängigkeiten. Sie spielen damit auch eine zentrale Rolle in der Industrialisierung der Landwirtschaft, in der Verdrängung bäuerlicher Betriebe und im

Freiheit für die Vielfalt!

2011 machte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine neue EU-Saatgutverordnung, welche die Vorschriften weiter verschärft hätte. Sie hätte sogar den Tausch von Saatgut zwischen Privatpersonen untersagt. Dieser Vorstoß konnte im EU-Parlament gestoppt werden, und es konnten sogar Fortschritte für die Saatgut-Vielfalt erkämpft werden. Zum Beispiel schafft eine neue EU-Bio-Verordnung, die 2021 in Kraft tritt, die Zulassungspflicht für „heterogenes“ Bio-Saatgut ab. Der Weg der Befreiung der Vielfalt ist aber noch lang. Es gibt große Baustellen wie etwa die zunehmende Patentierung von pflanzlichen Eigenschaften, die enorm hohe Konzentration im Saatgutmarkt oder die neue Generation von Gentechnik in der Pflanzenzüchtung. Wir müssen also weiter für die Befreiung der Vielfalt und für Saatgut-Gesetze im Sinne einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft kämpfen.

Katherine Dolan leitet den Bereich Saatgutpolitik bei Arche Noah, einem Verein für die Entwicklung und Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt.



Super Markt – wen erschlägt der Tiefpreishammer?

Der Supermarkt ist das Tor, durch das sich die meisten Menschen in den Industrieländern die Welt auf den Tisch holen. Der Griff ins Supermarktregal ist im Alltag so tief verankert wie kaum eine andere Tätigkeit. Und wie bei allen Dingen, die für uns völlig normal (geworden) sind, stellen wir auch den fast täglichen Gang in den Supermarkt kaum in Frage. Wer schaut im ohnehin stressigen Alltag hinter die glitzernden Sonderangebote, um zu erkennen, welche Welt er oder sie sich mit dem Gang zum Supermarkt wirklich einkauft?

Ein solcher Blick über den Ladentisch ist aber dringend angebracht. Denn die Welt hat sich mit dem globalen Siegeszug der Supermärkte stark verändert. Während bis in die 90er Jahre die Meinung vorherrschte, dass Unternehmen wie Nestlé und Unilever den Lebensmittelmarkt in ihren Händen halten, ist diese Führungsrolle inzwischen auf die Supermärkte übergegangen. Aufgrund enormer Konzentrationsprozesse und Expansionsstrategien stellen sie heute die zentrale Instanz dar, die bestimmt, was wo produziert und wo was konsumiert wird. So hat sich die US-amerikanische Handelskette Walmart

zum umsatzstärksten Unternehmen der Welt hochgearbeitet, die Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) ist das viertgrößte Unternehmen Deutschlands. In Österreich kontrollieren drei Handelsketten (Rewe, Spar, Hofer) mittlerweile über 87 Prozent des Lebensmittelmarktes.

Der aggressive Verdrängungswettbewerb im Lebensmittelhandel wird vor allem auf dem Rücken der Produzent*innen und Arbeiter*innen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ausgetragen. Die Arbeitsbedingungen im Handel und in den Verarbeitungsbetrieben sind sehr oft von unbezahlten Überstunden, Lohndumping, Gewerkschaftsfeindlichkeit und hohem Überwachungsgrad geprägt. Dem Druck, möglichst hohe Quantität und Qualität zu möglichst niedrigen Preisen zu produzieren, können immer weniger Höfe standhalten. Während die Handelsketten damit im Westen das Modell der Agrarindustrie intensivieren, drohen sie mit ihrer Expansion in die Märkte Osteuropas, Asiens, Lateinamerikas und Afrikas die dortigen Nahrungsmittelsysteme auf den Kopf zu stellen. Sie zerstören lokale Handelsstrukturen ebenso wie die dort oft vorherrschende kleinstrukturierte

Landwirtschaft – und damit die Lebensgrundlage von Millionen Menschen.

Über ihre Rolle als Vermittler zwischen Produktion und Konsum hinaus greifen Supermärkte zunehmend steuernd in den gesamten Produktionsprozess ein. Zum einen lassen sie immer mehr Lebensmittel im eigenen Auftrag produzieren oder vermarkten diese unter ihren eigenen Marken: Bei Frischwaren beträgt der Anteil der Handelsmarken in Österreich schon über 50 Prozent. Zum anderen etablieren sie immer mehr und neue Qualitätsstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette, mit denen sie ihre Vorstellungen von „guter“ Landwirtschaft auf den Betrieben durchsetzen. Gegenüber den Konsument*innen versuchen Supermärkte mit dieser „Qualitätspolitik“ die Kritik an der Lebensmittelindustrie zum eigenen Vorteil zu nutzen. Gerade in Österreich haben es die Handelsketten verstanden, sich als Beschützer der violetten Karotte, Bewahrer des kleinbäuerlichen Familienbetriebs und Retter des Weltklimas zu inszenieren.

Doch die soziale und ökologische Bilanz der Dominanz der Supermärkte ist verheerend. Erstens betrifft der Anteil von Bioprodukten entgegen den Werbeversprechen nur einen kleinen Teil der Produktion. Dabei ist es in den letzten Jahrzehnten zu einem Zwei-Klassen-Lebensmittelmarkt gekommen: hochwertige Qualitätsprodukte für wenige und zahlungskräftige Käufer*innen, billige Massenware für den Rest. Zweitens wird nicht nach den Bedürfnissen der Menschen produziert, sondern nach den Gewinnaussichten der Märkte. Während weltweit mehr als 800 Millionen Menschen an Hunger leiden, entsorgen allein die österreichischen Handelsketten jährlich 110.000 Tonnen Lebensmittel im Müll. Drittens treiben die Handelsketten den Strukturwandel der Landwirtschaft weiter voran. Insbesonde-

re kleine Betriebe haben Schwierigkeiten, sich den ständig neuen Vorgaben der Handelsketten anzupassen. Die Folgen sind eine zunehmende Spezialisierung der Höfe oder deren Ausstieg aus der Produktion. Viertens führt die Politik der Handelsketten nicht zu biologischer Vielfalt, sondern zu Einfalt. Die globalen Vorgaben der Handelsketten verringern die Handlungsspielräume auf Betriebsebene und damit eine Anpassung an lokale Gegebenheiten.

Auch demokratiepolitisch ist der Siegeszug der Supermärkte gefährlich. Wollen wir wirklich, dass einige wenige Akteur*innen die Produktion, den Vertrieb und die Verarbeitung unserer Lebensmittel kontrollieren? Regierungen verweisen darauf, dass die Konsument*innen mit ihrem Kaufverhalten die Zukunft der Landwirtschaft in der Hand haben, fördern jedoch mit ihrer Politik gleichzeitig die Vormachtstellung der Handelsketten. Anstatt unsere Stimme an der Supermarktkasse im wahrsten Sinne des Wortes abzugeben, muss es also darum gehen, an wirklichen Alternativen zu arbeiten.

Andreas Grünewald arbeitet für die Fraktion DIE LINKE im deutschen Bundestag im Bereich Entwicklungspolitik.



Ernährungssouveränität in Österreich

1. europ.
Forum:
gemeinsame
Deklaration

2011 Krems



Ernährungssouveränität jetzt!

1.öst. Forum:
Aktionen und
Kampagnen

2012 Goldegg

1. internat.
Forum der
Nyéléni Be-
wegung für ES

2007
Mali

Gegenentwurf
zu WTO: La Via
Campesina
fordert ES

1996
Rom

WTO Gründung:
Angriff auf
KleinbäuerInnen:
Profite für
Agrarindustrie
und Supermärkte

1995
Marrakesch





Grafik: Iris Frey, mit freundlicher unterstützung von BSGStudio und all-free-download.com

...und in der Stadt?

Aktivismus und Kommunalpolitik

Stadtbewohner*innen werden in Bezug auf Ernährung oft nur als Konsument*innen wahrgenommen. Um Ernährungssouveränität zu ermöglichen ist es jedoch notwendig, die Menschen als politisch mündige Bürger*innen zu begreifen und soziale Bewegungen der Städte mit jenen um Ernährungssouveränität zu verbinden. Auseinandersetzungen um gutes Einkommen, leistbares Wohnen, öffentliche Mobilität und Zugang zu gutem Essen abseits der Lebensmittelindustrie sind allesamt zentral für ein gutes Leben in Städten und können nicht getrennt voneinander geführt werden. Die Kämpfe um Ernährungssouveränität in den Städten sind somit verbunden mit jenen gegen prekäre Arbeitsbedingungen und jenen um die Aneignung des öffentlichen Raumes.

Initiativen rund um Lebensmittel

Ernährungssouveränität ist somit eng verknüpft mit verschiedenen anderen Praktiken der Aneignung der urbanen Lebenswelt, die unter dem Motto „Recht auf Stadt“ stattfinden und „urban commons“ hervorbringen. Commons beziehungsweise commoning bedeutet die gemeinsame, selbstorganisierte Nutzung von Ressourcen, die kollektiv hergestellt oder aktiv angeeignet wurden. Historisch handelte es sich um Land, auf das die landlosen Bäuerinnen und Bauern Nutzungsrechte hatten und das sie zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse brauchten. Auch aktuell spielen Commons eine wichtige Rolle für Ernährungssouveränität, auf dem Land, aber – auch wenn es auf den ersten Blick erstaunlich sein mag – zunehmend auch in den Städten.

Aktivist*innen rund um das Thema Ernährung haben dort ein breites Spektrum an Aktivitäten entwickelt, das einerseits das Bewusstsein für

das Thema wecken soll, andererseits echte Alternativen zum Kauf im Supermarkt bietet und auch Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln ermöglicht. Das reicht von der Verwertung weggeworfener oder abgelaufener Lebensmittel durch Dumpstern und Foodsharing über den Aufbau von Volksküchen oder der Nutzung von freien Ernteplätzen bis zur Gründung von Food-Coops und Projekten Solidarischer Landwirtschaft. Geradezu einen Boom hat in den letzten Jahren die Idee des „urban gardening“ erlebt.

All diese Initiativen vergrößern die Entscheidungsspielräume der Menschen in Bezug auf den Zugang zu Nahrungsmitteln und schaffen Bewusstsein dafür, wie Lebensmittel produziert werden.



Rolle der Kommunalpolitik

Wenn Gutes Essen für alle Stadtbewohner*innen das Ziel ist – nicht nur für jene, die es sich zeitlich und finanziell leisten können sich selbst in Initiativen einzubringen – ist es notwendig, zusätzlich zum Aktivismus das Thema Ernährungssouveränität auch in der Kommunalpolitik zu verankern. Dazu reichen vereinzelte Initiativen allerdings nicht aus. Urbanes Gärtnern

beispielsweise scheint in den letzten Jahren durchaus auch für Politiker*innen interessant zu werden; es kostet die Stadt wenig, lässt sich gut verkaufen und gibt ihnen ein progressives Image. Dagegen gilt es klarzustellen, dass Ernährungssouveränität mehr bedeutet als nur ein Hochbeet hier und ein paar Obstbäume da. Sie beginnt vielmehr bereits bei der Stadt- und Gemeindeplanung, die Möglichkeiten für die autonome Nutzung von Land und Räumen unterstützen sollte anstatt diese zu verbieten. Ein gutes Beispiel ist die Steigerung der Lebensqualität durch die Rückgabe öffentlicher Räume an die Bewohner*innen durch „essbare“ Städte oder Gemeinden. In Österreich gibt es dazu erste Ansätze in Wiener Neustadt, Linz und Übelbach in der Steiermark. Gemeinden und Städte müssen Ernährung aber auch darüber hinaus als öffentliche Verantwortung erkennen und kohärente Stadtentwicklungspläne entwerfen.

Ein weiteres zentrales Handlungsfeld ist der Einkauf der Stadtverwaltung. Der Stadt Kopenhagen ist es beispielsweise gelungen, die öffentliche Beschaffung zur Gänze auf regionale und biologische Lebensmittel umzustellen, wodurch viele Bio-Höfe im Umland entstanden sind, um diesen Bedarf zu decken. Oder die Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion, wie etwa im Fall der visionären Initiative des kleinen Dorfes Mals in Südtirol, Italien: Um ihr Dorf vor der intensiven und pestizidreichen Apfelproduktion zu schützen, entschieden sich die Dorfbewohner*innen und der Gemeinderat, Mals zum ersten pestizidfreien Dorf Italiens zu machen, in dem auch die landwirtschaftlichen Betriebe keine Pestizide mehr ausbringen dürfen.

Eine andere Möglichkeit, Ernährungssouveränität in der Gemeinde oder Stadt voranzubringen,



sind schließlich Ernährungsräte. Diese bringen alle wichtigen Akteur*innen an einen Tisch: Produzent*innen, Händler*innen, Vertreter*innen der Gastronomie, Konsument*innen und Lebensmittelaktivist*innen bis hin zu den für die Entsorgung Zuständigen. Gemeinsam können sie – aufbauend auf einer Bestandsaufnahme – Visionen für das kommunale Ernährungssystem entwickeln, Projekte anstoßen und Einfluss auf andere Bereiche der Stadtentwicklung nehmen. Ernährungsräte sind gleichzeitig auch Experimentierfelder für demokratische Strukturen der Zukunft.

Ernährungssouveränität in der Stadt ist also nur realisierbar im Rahmen einer ganzheitlichen, partizipativen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung und durch vielfältige Zugänge für unterschiedliche Zielgruppen.

Julianna Fehlinger, arbeitet für die ÖBV-Via Campesina und ist aktiv in der Bewegung für Ernährungssouveränität.

Brigitte Kratzwald ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet zum Thema Commons.

Solidarisch landwirtschaften in Österreich

Jeden Freitag steht Lorenz vor dem Gemüsestand am Wiener Naschmarkt und packt ein: Grünkohl und rote Rüben, Karotten in gelb, weiß, orange und lila, dazu noch Zwiebel und Erdäpfel, und auch ein bisschen Knollenziest darf es diesmal sein. Dann plaudert er kurz mit Wolfgang, der heute Standdienst hat. Wolfgang wiegt aber weder das Gemüse ab, noch zückt Lorenz seine Geldbörse. Stattdessen nimmt er einen Stift und hakt seinen Namen auf einer Liste ab. Das Gemüse wandert in den Rucksack, Lorenz verabschiedet sich und geht seines Weges. Was geht denn hier vor?

Lorenz und Wolfgang sind Teil der Solidarischen Landwirtschaft „Gela Ochsenherz“ (Gemeinsam Landwirtschaften). Bei der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) oder auch CSA (Community Supported Agriculture) rücken Konsument*innen und Produzent*innen näher zusammen: „Es geht nicht nur um eine alternative Vermarktungsform, sondern um eine Alternative zur Vermarktung“, ist bei Gela Ochsenherz bereits zum Slogan geworden. Der Demeter-Gärtnerhof aus Gänserndorf arbeitet seit 2011 als solidarische

Landwirtschaft und war damit als erster Betrieb ein Wegbereiter für die Entwicklung von SoLaWi in Österreich.

Im Modell der solidarischen Landwirtschaft sammelt sich eine Gemeinschaft um einen bäuerlichen Betrieb und geht mit ihm eine feste Vereinbarung ein: Die Mitglieder und „Ernteteiler*innen“ sorgen dafür, dass der landwirtschaftliche Betrieb läuft, indem sie die Kosten für die Produktion finanzieren und teilweise auch aktiv am Betrieb mitarbeiten. Sie teilen die Ernte unter sich auf. Läuft das Jahr gut, haben somit alle Mitglieder ihren Anteil am Überfluss. Läuft das Jahr schlecht, dann gibt es für alle etwas weniger. Für den landwirtschaftlichen Betrieb ist ein schlechtes Jahr aber nicht mehr existenzbedrohend, denn die Kosten, die am Betrieb entstehen, sind über die SoLaWi gedeckt.

Schwankende Weltmarktpreise spielen in diesem System keine Rolle mehr. Produzent*innen und Konsument*innen tragen gemeinsam Verantwortung, teilen Risiko und Ernte. Damit wird sichergestellt, dass der bäuerliche Betrieb langfristig stabil wirtschaften, ökologisch nachhaltig arbeiten und so auch eine Vielfalt erhalten kann, die im globalisierten Lebensmittelmarkt früher oder später als „nicht konkurrenzfähig“ ausgemustert werden würde. Der ökologische Fußabdruck schrumpft mit den geringen Transportwegen und einem lokalen und saisonalen Konsum. Verteilt wird, was gerade reif ist.

Eine Ernteteilerin des „Biohof Mogg“ in Herzogenburg bei St. Pölten beschreibt ihre Erfahrungen so: „Man hat eben ein Stück weit Anteil am Betrieb und ist nicht mehr nur anonyme Konsumentin. Mir ist noch mehr als früher bewusst, wie





viel Arbeit in diesen Lebensmitteln steckt und ich finde es einfach gut, wenn wir mit unserem Ernteanteil dazu beitragen können, so einen wertvollen Betrieb zu erhalten.“

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge für die SoLaWi variiert nicht nur von Betrieb zu Betrieb, manche praktizieren überhaupt eine freie Beitragswahl nach solidarischer Selbsteinschätzung. Dabei wird das benötigte Budget für die Landwirtschaft durch die Anzahl der Mitglieder dividiert. Dieser Wert wird als anzustrebender Durchschnittsbeitrag an die Mitglieder kommuniziert – mit dem direkt nachfolgenden Aufruf, nach den eigenen finanziellen Möglichkeiten nach oben beziehungsweise unten abzuweichen. In Hinblick auf die Leistbarkeit biologisch-regional-saisonaler Produkte wird hier also von einigen SoLaWis ein außergewöhnlicher Vorstoß gewagt.

Und nicht nur Gemüse wird in diesem Modell verteilt. Die SoLaWi „Ouvertura“ in Moosbrunn, Niederösterreich versteht sich als Ergänzung zum Gemüseangebot der umliegenden SoLaWis in der Region und verteilt zum Beispiel Obst, Pilze, Eingemachtes und Eier. Für die leitende Mitarbeiterin Sandra Travnitzky ist es vor allem der Kontakt zu den Mitgliedern, der die solidarische Landwirtschaft für sie spannend macht: „Dass die Leute zu uns mitarbeiten kommen

und wir die Menschen kennen, die die Lebensmittel dann essen, macht für mich einen großen Unterschied“. Dabei sieht Ouvertura noch viele Möglichkeiten, das Modell der SoLaWi weiter zu entwickeln: Etwa bei der gemeinsamen Erarbeitung von Standards für die Qualität der Lebensmittel und von ökologischen Maßstäben für den Anbau.

In Österreich gibt es mittlerweile mehr als 30 Betriebe, die als SoLaWi organisiert sind. Die meisten davon sind in den letzten fünf Jahren entstanden und sind in ihrer Organisationsweise ähnlich vielfältig wie ihre Produkte. Die Bewegung ist weiter am Wachsen und es gibt Bestrebungen, sich auf regionaler Ebene, österreichweit wie auch europaweit stärker miteinander zu vernetzen. Auf europäischer Ebene entstand 2016 eine gemeinsame visionäre Deklaration der Bewegung für CSA: „Die CSA-Bewegung bringt praktikierbare, ganzheitliche Lösungen in der Agrar- und Ernährungskrise. Wir sind viele, vielfältig und vereint. Wir stehen solidarisch zueinander – übernehmen Verantwortung – um sozial inklusive, ökonomisch tragfähige und ökologisch nachhaltige Ernährungssysteme zu gestalten. [...] CSA ist kein in Stein gemeißeltes Modell. Sie ist dynamisch, wie ein Garten: Sie entwickelt sich und wächst durch tägliche Fürsorge.“

Sara Schaupp ist Gründungsmitglied der SoLaWi Ouvertura in Moosbrunn (Niederösterreich).

Tatjana Tupy ist Gründungsmitglied der LebensGut Landwirtschaft in Rohrbach/Gölsen (Niederösterreich).

Erfolgsgeschichte FoodCoops?

*Im Frühjahr 2007 gründen gut ein Dutzend junger Leute in Wien den Verein „Bioparadeis“. Die erste FoodCoop Österreichs hat den Anspruch, eine Alternative zu industrialisierter Lebensmittelproduktion und zentralisierten Handelsstrukturen aufzubauen. Mitglieder beziehen gemeinsam bio-regionale Lebensmittel von Produzent*innen, mit denen sie in möglichst direktem Kontakt stehen. Die Initiative ist selbstverwaltet, basisdemokratisch und nicht gewinnorientiert organisiert. Seit 2013 kommt es zu einem starken Wachstum der FoodCoop-Szene und vermehrter medialer Aufmerksamkeit.*

Zeit für eine Bilanz

Lebensmittelkooperativen sind in Ländern wie Deutschland, Italien, den USA und Japan seit Jahrzehnten etabliert. In Österreich existieren derzeit rund 80 Initiativen, sowohl in größeren Ballungsräumen als auch in ländlichen Regionen, die sich selbst um die Beschaffung ihrer Lebensmittel kümmern.

Das Jahr 2017 ist ein ereignisreiches für die Bewegung: Die FoodCoops feiern in Wien beim großen „10 Jahre FoodCoops“-Fest das erste Jahrzehnt ihres Bestehens. Zudem wird die seit Längerem im Entstehen begriffene Interessensgemeinschaft (IG) FoodCoops mit dem Ziel gegründet, FoodCoops zu unterstützen und die Vernetzung beziehungsweise Zusammenarbeit zu stärken.

Waren die Foodcoop-Mitglieder anfangs eine eher homogene Gruppe (jung, meist studierend), ist hier ein Wandel zu beobachten: Wenn auch heute noch die Idee – vor allem in den Städten – weiterhin überwiegend von dieser Gruppe getragen wird, engagieren sich vor allem in ländlichen Regionen zunehmend mehr Menschen aller Alters-, Einkommens- und Bildungsschichten.

Für kleinstrukturierte Direktvermarkter*innen stellen FoodCoops eine gute Ergänzung zu Bauernmärkten und Bioläden dar. Ausschließlich davon leben kann jedoch noch kein Betrieb, und das wirtschaftliche Risiko liegt – anders als bei anderen Modellen (etwa Community Supported Agriculture, kurz CSA) – allein bei den Produzent*innen.

Auch wenn Medienberichte viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, ist dem überwiegenden Teil der österreichischen Bäuerinnen und Bauern diese alternative Vermarktungsform nicht bekannt. FoodCoops eignen sich in erster Linie für kleinstrukturierte Direktvermarkter*innen mit breitem Sortiment, die bereit sind, sich auf die strukturellen Bedingungen (wie zum Beispiel Internetbestellungen) der FoodCoops einzulassen. Von einem Siegeszug der FoodCoops zu sprechen scheint also verfrüht. Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt jedoch: FoodCoops funktionieren und ihre Anzahl nimmt beständig zu.

Warum FoodCoops – und was hat das mit Ernährungssouveränität zu tun?

Warum stecken immer mehr Menschen ihre freie Zeit und Energie in den Aufbau von FoodCoops, anstatt den bequemen Weg in den nächstgelegenen Supermarkt zu wählen? Der Einzelhandel hat das Segment der „bewussten Konsument*innen“ doch längst als kaufkräftige Zielgruppe ausgemacht und setzt verstärkt auf Bio, regional und Fairtrade.

FoodCoop-Mitgliedern geht der Ökotrend innerhalb des konventionellen Lebensmittelsystems jedoch nicht weit genug. Sie definieren ihre Rolle als Konsument*in nicht allein dadurch, sich von romantisierenden Werbebotschaften zum Kauf von Bioprodukten bewegen zu lassen. Konsument*innendemokratie bedeutet für sie



DIREKTVERMARKTUNG

nicht, vor dem Supermarktregal zu entscheiden, ob sie den Gewinn der Handelskette mit dem Premium- oder dem Billigprodukt steigern.

In einer FoodCoop definieren die Mitglieder Auswahlkriterien für das Sortiment und die Art und Weise der Verteilung selbst, wählen gemeinsam Produzent*innen und entscheiden miteinander über finanzielle Angelegenheiten (zum Beispiel den Mitgliedsbeitrag). Die Mitbestimmung aller Mitglieder einer FoodCoop in Entscheidungsprozessen ist ein Ansatz zur Redemokratisierung des Lebensmittelsystems.

“Fairtrade“ bleibt dabei nicht nur ein Schlagwort. Die Wertschöpfungskette besteht aus Produzent*innen und Konsument*innen, wobei die Mitglieder wissen, dass ihr Geld in der Regel zu 100 Prozent bei den Höfen ankommt. Diese Grundsätze sowie das ehrenamtliche Engagement und der generelle Non-Profit-Gedanke in den FoodCoops sorgen für angemessene Preise auf Konsument*innen- und Produzent*innenseite.

Die Idee einer FoodCoop ist es, dass Vertrauen nicht alleine auf der Ebene von Kontrollstellen und Gütesiegeln liegt, sondern auf direkten Kontakten basiert. Durch Besuche und auch Mithilfe auf den Höfen erhalten die Konsument*innen einen Einblick in die Produktion ihrer Lebensmittel

und die Produzent*innen erfahren Wertschätzung für ihre Arbeit. Einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung von Ernährungssouveränität leisten FoodCoops durch ihren praxisorientierten Zugang zum Thema.

Ein zentrales Motiv einer FoodCoop beizutreten ist schließlich die gezielte Unterstützung von kleinstrukturierter, regionaler und biologischer Landwirtschaft. Durch die Mitgliedschaft in den Vereinen entsteht ein Prozess, bei dem Konsumgewohnheiten Schritt für Schritt verändert werden können und Wissen gemeinsam gesammelt wird. Denn FoodCoops sind durch ihre Organisationsform nicht nur Lebensmittellager, sondern auch sozialer Treffpunkt. Die Mitglieder nehmen – neben den Lebensmitteln – auch Informationen und Erfahrungen mit nach Hause.

FoodCoops alleine reichen sicher nicht aus um Ernährungssouveränität zu verwirklichen, ihre Strukturen sind derzeit (noch) nicht breitenwirksam genug. Auch werden die oben beschriebenen, selbstaufgelegten Ansprüche in der Realität oft nicht vollständig erreicht. Das Bemühen aber schafft nicht zuletzt praxisorientierte Lernräume, in denen mit wesentlichen Fragen der Ernährungssouveränität – bewusst oder unbewusst – experimentiert werden kann.

IG FoodCoops, die Interessensvertretung von den und für die österreichischen Foodcoops.





Frauen in der Landwirtschaft: Das gute Leben für alle

Gerechte Aufteilung von entlohnter sowie Haus- und Sorge-Arbeit, gerechte Bezahlung, Selbstbestimmung und gleicher Zugang zu Mitgestaltung in politischen Gremien – diese Anliegen teilen Bäuerinnen mit vielen anderen Frauenorganisationen.

Und doch gibt es für Frauen in der Landwirtschaft besondere Situationen, in denen sie merken, dass sie ihr Potential nicht voll ausschöpfen und ausleben können.

Das steht gleich zu Beginn eines Bäuerinnen-Daseins: Wie kommt frau zu Grund und Boden, den sie bewirtschaften kann? Noch immer werden Höfe selbstverständlicher an männliche Nachkommen weitergegeben. Der Zugang zu Land ist für Neueinsteiger*innen beiderlei Geschlechts nicht einfach. Einen Hof etwa kollektiv zu bewirtschaften ist mit vielen bürokratischen Hürden verbunden.

Um Bäuerin zu werden, muss frau einen Bauern heiraten, so sieht das im gängigen Bild nach

wie vor aus. Es gibt Bildungsangebote für junge Frauen, die „plötzlich Bäuerin“ werden, eine entsprechende Version für Männer fehlt gänzlich.

Arbeit als solche sehen und anerkennen

Wahrscheinlich ergibt sich aus diesem Bild, warum Männer nach wie vor viel selbstverständlicher bestimmen wie der Hof bewirtschaftet wird, während Frauen für Waschen, Putzen, Kochen, Kinder- und Altenbetreuung zuständig sind. Ein partnerschaftlicher Zugang ist deshalb so wichtig, weil auf dem Bauernhof Arbeits- und Wohnort ineinander übergehen. Frauen springen in der Außenwirtschaft ein, wo „Not am Mann“ ist: die Ernte einfahren, Stallarbeit alleine erledigen, wenn andere „wichtigere Arbeiten“ zu tun sind. Und oft werden diese Arbeiten dann nicht als Arbeit gesehen.

Lebensmittel statt Rohstoff

Voraussetzung dafür ist eine Neuausrichtung in der Ausbildung und der Agrarpolitik. Um

das „gute Leben für alle“ zu erreichen, das die ÖBV-Frauen fordern, muss die landwirtschaftliche Ausbildung weg vom Schwerpunkt auf die Produktion hin zu mehr Agrarökologie und zu guter Ernährung. Auch Bäuerinnen und Bauern sind Konsumentinnen und Konsumenten. Sie selbst müssen den Wert der von ihnen produzierten Lebensmittel als solche wieder erkennen und ihre Produkte nicht nur als Rohstoff für die verarbeitende Industrie sehen. Auch in diesem Bereich muss das Bewusstsein für den Wert von unbezahlter Arbeit steigen. Oft wird übersehen, dass selbst produzierte Lebensmittel Teil des Familieneinkommens sind.

Um diese Anliegen in der Agrarpolitik einzubringen, ist es notwendig, dass mehr Frauen in Entscheidungsgremien Platz finden. Frauen in unterschiedlichen politischen Ausrichtungen müssen gezielt unterstützt werden um politisch aktiv sein zu können. Und das sowohl innerhalb als auch außerhalb von Institutionen. Für eine gelingende Demokratie braucht es eine kritische Opposition.

Bäuerinnen-Manifest

Der ÖBV-Frauenarbeitskreis hat im Herbst 2016 ein „Bäuerinnen-Manifest“ formuliert. Grundtenor ist der Gedanke: „Wirtschaften für ein gutes Leben für alle“. Explizit erklären die Frauen, dass sie ihr Wirtschaften am eigenen Hof im Sinne eines guten Lebens für alle orientieren. Sie möchten ein gutes Leben für sich selbst – etwa Zeit für eigene Bedürfnisse, Selbstbestimmtheit, Freiraum. Sie spannen einen Bogen über die Region, die sie mit guten Lebensmitteln versorgen möchten,

eingebettet im Leben und Arbeiten im Kreislauf der Natur. Im Widerstand zur geltenden Maxime des Profit- und Gewinnstrebens spannt sich der Bogen weiter, denn nur im Wirtschaften für ein gutes Leben für alle werden auch Menschen und Umwelt in anderen Teilen der Erde bedacht. Sie sollen ebenfalls die Chance auf ein Wirtschaften im Sinne eines guten Lebens für alle haben, anstatt für Profit ausgebeutet zu werden.

Wir Frauen sind überzeugt, dass es ein Politik- und Wirtschaftssystem braucht, das in diesem Sinn arbeitet.

Judith Moser-Hofstadler ist Bio-Milchbäuerin in Alberndorf (Oberösterreich) und bei der ÖBV-Via Campesina Austria aktiv.



Rechter Rand am Land?

Für eine emanzipatorische Politik der Ernährungssouveränität

Ein Leben im Einklang mit der Natur und kleinbäuerliche Selbstversorgung sind Vorstellungen einer "heilen Welt", die oftmals auch in der Bewegung für Ernährungssouveränität großen Anklang finden. Diese Ideale sind jedoch kein "linkes" Konzept, sondern anschlussfähig für verschiedene politische Strömungen. Wo liegen die Gefahren rechter Auslegung und wo angesichts dessen die Potenziale für eine emanzipatorische Politik der Ernährungssouveränität?

Rechter Rand...?

Zunächst wollen wir uns der Frage nach dem „rechten Rand“ zuwenden. Haben wir es nur mit einem Problem zu tun, das von einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe ausgeht? Oder müssen wir nicht vielmehr unseren Blick „mitten“ auf die aktuellen Entwicklungen und auf unsere Gesellschaft richten?

Christoph Butterwegge, Rechtsextremismusforscher in Deutschland, argumentiert, dass es falsch wäre, den Rechtsextremismus als „Desintegrationsphänomen“, als „Jugendproblem“ oder als bloßen „Protest“ abzutun. Er macht drei Ursachen von Nationalismus, Rassismus und von rechter Gewalt aus: die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die aktuelle neoliberale Durchdringung der Gesellschaft und die „Erblasten der politischen Kultur“.

Die internationale Wettbewerbsökonomie spaltet die Gesellschaft dramatisch. Die daraus folgende wahrgenommene Bedrohung treibt viele Menschen dazu, andere zum eigenen Vorteil auszugrenzen. Das Soziale wird zur Belastung. Soziale Frustration und Angst (zum Beispiel vor Statusverlust, vor „anderen“) sind daher grundlegende

Bestandteile der Logik dieser Konkurrenz. Dies bietet viele Anknüpfungsmöglichkeiten für die Rechte: Ein rassistischer Sprachgebrauch vereinfacht komplexe gesellschaftliche Verhältnisse und suggeriert dadurch „jedem einsichtige“ und einfache Lösungen für gesellschaftliche Probleme („Das Boot ist voll!“). Der Nationalstaat mit fixen Grenzen und der Ruf nach einem „starken Mann“ versprechen vermeintliche Sicherheit. Der Hass gegen die Schwachen und Fremden erfüllt hier eine zentrale Funktion: die Logik des „wir“ und der „anderen“. Das Problem der extremen Rechten ist nicht die Ablehnung von herrschenden Normen („der Mitte“), sondern deren bis zur letzten Konsequenz getriebene Durchsetzung: die Beurteilung einer Person nach ökonomischer Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit, Anpassbarkeit und Konkurrenzfähigkeit. Dasselbe gilt für die herrschende Vorstellung der „richtigen Ordnung der Geschlechterverhältnisse“. Hinzu kommt eine „Kultur des Schweigens“, in der Konflikte und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte permanent beiseitegeschoben werden.

...am Land?

Natürlich haben die beschriebenen Entwicklungen auch vor der Landwirtschaft nicht Halt gemacht. Das Konkurrenz- und Wettbewerbsdogma zeitigt





viele soziale und ökologische Auswirkungen, die ganze Existenzen zerstört – nicht nur „bei uns“, sondern weltweit. Wachsende Verarmung und Ungleichheit sowie Migration (etwa die sogenannte „Landflucht“) sind die logischen Konsequenzen. Innerhalb dieser unsicheren wirtschaftlichen Situation des „Wachsen oder Weichens“ gibt es zunehmend auch Bäuerinnen und Bauern, die sich von rechter Ideologie angesprochen fühlen.

Regional und Ökologisch

Die Rechte spricht sich für eine regionale und ökologische Produktion aus. Biolandwirtschaft soll das eigene Volk gesund ernähren und den eigenen Boden erhalten. Die Nationalistische Partei Deutschland (NPD) agitiert beispielsweise gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft, durch die die Menschen „entfremdet und entwurzelt“ werden. Unter dem Schlagwort „Umweltschutz ist Heimatschutz“ werden Genmanipulation und Massentierhaltung angeprangert. Vermeintlich „grüne“ Themen wie ökologische Landwirtschaft und Umweltschutz haben in der Rechten eine sehr lange Tradition – von der Völkischen Bewegung bis hin zur Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten.

Der Bezug auf lokale und ökologische Produktion wird auch im Zusammenhang mit Ernährungssoveränität stark vertreten. Jedoch werden andere Konsequenzen aus diesem Prinzip gezogen. Während die Rechte in Hinblick auf Selbstversorgung innerhalb nationaler Grenzen, mit biologischer Herkunft und ethnischer Identität argumentiert, bestimmte Gruppen um ihre Rechte gebracht und ausgegrenzt werden, betont Ernährungssoveränität das Recht auf Selbstbestimmung für alle. Die etwas schwam-

mig erscheinende Beschreibung des Rechts der „Völker“ aus der Nyéléni-Deklaration von 2007 stellt genau diesen Fokus auf den Nationalstaat in Frage.

Subsistenzökonomie

Ein weiterer widersprüchlicher Begriff kann die „Subsistenzökonomie“ sein. Die „Produktion für das Leben“, wie sie auch genannt wird, wird weltweit nach wie vor größtenteils von Frauen erledigt. Dies birgt das Potential der Ermächtigung von Frauen, unabhängig von der globalen Wettbewerbsökonomie zu sein und sich und die Familie selbst zu versorgen. Wird diese Rolle Frauen jedoch aufgrund ihres biologischen Geschlechts zwingend zugeordnet, führt dies zur Verbannung von Frauen hinter den Herd und zu ihrer Degradierung als Gebärende zum „Erhalt der eigenen Rasse“. Damit wird eine patriarchale Kontrolle legitimiert und die optimale Verwertung von Frauen in der Ökonomie sichergestellt. Dies wird auch in der Nyéléni-Europe-Deklaration reflektiert, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine Überwindung des Patriarchates gefordert werden.

Recht auf Rechte statt Ausgrenzung

Rassismus in „biologischen“ oder „kulturellen“ Varianten beruht nicht nur darauf, dass aufgrund bestimmter Merkmale (Hautfarbe, Herkunft, Staatszugehörigkeit, Glaubensvorstellung, Geschlecht) grundlegende Unterschiede zwischen Menschen behauptet werden, sondern es geht vor allem um den Ausschluss dieser Menschen oder Gruppen von bestimmten Rechten, die sonst in einer Gesellschaft generell gelten. So sind Menschenrechte oder demokratische Rechte beispielsweise an die Staatsbürger*innenschaft gebunden. Hieraus



ergeben sich Widersprüche, die direkte Verbindung zur Landwirtschaft aufweisen. Migrant*innen werden illegalisiert und entrechtet. Zugleich wird jedoch toleriert, dass bestimmte Arbeiten hauptsächlich von undokumentierten Arbeiter*innen erfolgen. Von der Ernte bis zur Schlachtfabrik über die Reinigung und Küchen gibt es viele Orte, wo die Augen davor verschlossen werden.

In der Bewegung für Ernährungssouveränität geht es daher zuallererst um den Kampf, überhaupt das „Recht auf Rechte“ zu haben, unabhängig von ethnischer Herkunft und Staatszugehörigkeit.

Was tun?

Auch wenn ein klares „Nein!“ oftmals nur die einzige Antwort sein kann: Es reicht nicht aus, sich einzig und allein nur abzugrenzen. Es ist notwendig, die Strukturen und Ursachen der Ungleichheit und der Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzugehen und diese zu verändern. Wenn es stimmt, dass die Ursachen „mitten unter uns“ zu finden sind, dann müssen wir auch nach den eigenen Verstrickungen und Widersprüchen fragen. Dabei ist es zentral, laufend zu reflektieren, für welche gesellschaftliche Veränderung wir uns einsetzen und welcher Platz dabei bestimmten sozialen Gruppen (zum Beispiel Frauen oder Migrant*innen) zugewiesen wird, und inwiefern diese dabei ihre Lebensvorstellungen frei verwirklichen können.

Am Beginn der Bewegung für Ernährungssouveränität stand die Erkenntnis, dass wir unsere Agrar- und Ernährungssysteme nur in einer globalen Bewegung verändern können; wir müssen gemeinsam überall dort, wo wir leben, für diese Alternative eintreten. Gegen rechte Vereinnahmung und Propaganda können nur das gemeinsame Reflektieren, Einmischen und aktive Eingreifen, sowie das bewusste Bearbeiten und Austragen von Konflikten helfen. Dass der Status Quo naturgegeben ist, war immer schon ein Glaube, der von der Rechten vorgebetet wurde. Wir sehen in der Gesellschaft etwas, das immer schon von Menschen gestaltet wurde und deshalb auch veränderbar ist.

(gekürzte Fassung aus der Zeitschrift der ÖBV-Vía Campesina Nr. 327 Nr. 2/2013)

Maïke Wendland, Julianna Fehlinger und Franziskus Forster sind bei AgrarAttac aktiv.

Biolandwirtschaft = Bäuerliche Landwirtschaft?

Auf den ersten Blick scheint ja meistens alles klar zu sein. Natürlich ist Biolandwirtschaft bäuerliche Landwirtschaft. Was soll also das Fragezeichen im Titel?

Als Biobäuerinnen und -bauern arbeiten wir mit der Natur zusammen und nicht gegen sie und vor allem achten wir auf möglichst geschlossene Kreisläufe in unseren Betrieben. Dennoch wirft die Entwicklung des Biolandbaus spätestens seit dem Eintritt der großen Supermärkte in die Bio-welt einige Fragen auf.

Der energetische und stoffliche Kreislauf auf dem Hof ist ein Ideal, das in der Wirklichkeit nie erreicht werden kann. Denn als Produzent*innen von Lebensmitteln verlassen diese unseren Hof, um andere Menschen zu ernähren. Doch das Loch kann größer oder kleiner sein. Auch die biologische Landwirtschaft ist, zumindest in der industrialisierten Nordhemisphäre, auf viele Inputs von außen angewiesen.

Ohne Erdöl kein Bauernhof

Wenn heute im Zusammenhang von Peak Oil über unsere erdölabhängige Gesellschaft nachgedacht wird, können wir uns auch als Biobäuerinnen und -bauern nicht mehr herausnehmen. Der Einzug des Erdöls in die Landwirtschaft hat zu einer enormen Rationalisierung der Agrarproduktion geführt und abertausende Menschen aus dem Primärsektor herausgespuckt. Weiters sind Nebenerwerb, Intensivierung der Flächen, Verlust der Artenvielfalt und Verlust traditionellen Wissens heute dominante Tendenzen.

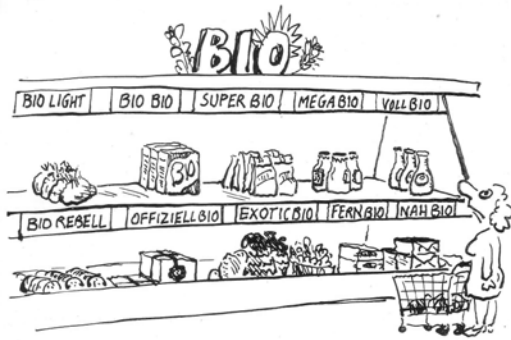
Wie produzieren wir, wenn uns der Ölhahn zuge-dreht wird? Sollten wir uns nicht jetzt schon auf eine postfossile Landwirtschaft einstellen? Wie ist so ein Einstieg in den Ausstieg aus der fossilistischen Landwirtschaft machbar? Eine Bewegung

in diese Richtung wird nur möglich sein, wenn sich die Gesamtgesellschaft in diese Richtung bewegt. Dennoch können wir Bäuerinnen und Bauern eine Vorreiter*innenrolle in diesem Prozess wahrnehmen, indem wir versuchen, möglichst viele andere Menschen zu überzeugen und auf unserem Weg mitzunehmen.

Futter von weit her

Eine weitere Vergrößerung des Lochs im Stoffkreislauf des Hofes waren und sind die Futtermittelzukaufe. Früher war bäuerliche Landwirtschaft zwingend Kreislaufwirtschaft und bodenabhängig. Die zunehmenden Futtermittelimporte führten zu überhöhten Tierbeständen, deren Mist und Gülle die knappen Felder und Wiesen überdüngten. Auch im Biolandbau ist die Abhängigkeit von Futtermittelimporten augenscheinlich. Wir stehen vor dem Problem, dass wir mit Tieren arbeiten, die wir nicht mehr selber, also hofeigen, füttern können. Ein großer Teil des Futters kommt von weit her – das ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel.





Da ist Dünger in meinem Bio

Auch die Handelsdüngemittel reißen den Stoffkreislauf weiter auf. Zwar sind im biologischen Landbau synthetische und mineralische Dünger verboten, dennoch gibt es ein Angebot in Hülle und Fülle, da der wirtschaftliche Druck immer mehr zunimmt. Dass die Bio-Hilfsstoffliste mittlerweile 115 Seiten umfasst und problemlos auch Produkte von Syngenta und Bayer gefunden werden können, wirft weitere Fragen auf. Der Biolandbau, der sich historisch gegen die Industrialisierung und Chemisierung der Landwirtschaft wehrte, ist heute selbst zu einem interessanten Markt für die weltweit dominierenden Agrokonzerne geworden. Während Syngenta in Südamerika weiter in Europa verbotene Mittel verkaufen und für eine Agrarreform kämpfende Kolleg*innen der brasilianischen Landlosenbewegung ermorden lassen kann, verkaufen sie uns hier Produkte für den biologischen Pflanzenschutz und verweisen auf ihr Engagement für den Biolandbau mit ihrer Nachhaltigkeitsstiftung.

Agrar-Ökologie

Bedenklich ist auch, wie sich eine konventionelle Denkweise im Biolandbau eingenistet hat und zur Mehrheitsmeinung geworden ist. Gibt es ein Pflanzenschutzproblem, wird der Schädling oder die Krankheit gesucht, um sie direkt zu bekämpfen. Immer weniger wird versucht, Pflanzenschutz- oder Gesundheitsprobleme

ganzheitlich zu ergründen und systemische Antworten zu suchen. Diese Inputabhängigkeit hat in Südamerika auch dazu geführt, dass sich ländliche soziale Bewegungen vom Biolandbau abgewendet und sich der „Agroecologia“ zugewandt haben. Sie wollen möglichst unabhängig und selbstbestimmt produzieren und leben, die Früchte ihrer Arbeit in ihrem Land absetzen und nicht transatlantische Nischenmärkte besetzen. Denn nur indem sie ihre gesellschaftliche Wichtigkeit und Notwendigkeit im eigenen Land unter Beweis stellen können, werden sie ihre gesellschaftliche Lage verbessern. Wie die Biopionier*innen einstmal, sehen die Exponent*innen der Agrarökologie die Lösung in der Schaffung eines durch hohe Artenvielfalt stabilen Agrarökosystems. Ein System, das sich in sich selber ausgleicht und stabilisiert. Doch der Trend zur Spezialisierung und Monokulturalisierung aufgrund des wirtschaftlichen Druckes, der auch vor dem Biolandbau nicht haltmacht, geht in die entgegengesetzte Richtung. Um diese Entwicklung umzukehren, müssen Strategien entwickelt werden, die über den bäuerlichen Tellerrand hinausschauen und die ganze Gesellschaft grundlegend transformieren.

(gekürzte Fassung aus der Zeitschrift der ÖBV-Vía Campesina Nr. 317 Nr. 2/2011)

Reto Sonderegger ist Sekretär bei Uniterre und seit Juli 2011 Biobauer im Nordosten Argentiniens.

DAS HEISST
INTENSIVLANDWIRTSCHAFT
UND NICHT "RAUBBAU"!



Zugang zu Land – Land in Sicht?!

*Land ist teuer, knapp und ungleicher verteilt als Vermögen. In Europa besitzen 3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe bereits 52 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Landkonzentration ist ein globales Phänomen, und der Kampf um den Boden spitzt sich auch in Österreich zu. Leider gewinnen den Preiskampf selten die, die mit dem Boden ökologisch und sozial verträglich landwirtschaften wollen. Wie entsteht diese Dynamik, was treibt sie an? Was können wir tun, um Land vor dem Zugriff durch Investor*innen und große Agrarkonzerne zu schützen?*

Das Geschäft mit dem Boden

Der Agrarstrukturwandel schreitet kontinuierlich voran. In den Jahren 1995 bis 2013 haben in Österreich 70.000 Bauernhöfe – das sind rund 30 Prozent aller Betriebe – ihre Hoftür für immer geschlossen. Diese Entwicklung scheint paradox, wenn zugleich die Hälfte des EU-Haushalts für Landwirtschaft ausgegeben wird. Ganz offensichtlich fördert die EU nicht ökologische und kleinstrukturierte Landwirtschaft. Die Kopplung der Direktzahlungen an die Fläche fördert Intensivlandwirtschaft und benachteiligt kleine Betriebe. Eine verpflichtende Deckelung der Förderungen pro Betrieb sowie eine erhöhte Förderung auf den ersten Hektar wurden in der EU diskutiert, aber abgelehnt. Ebenso wenig wurde der Vorschlag beachtet, Direktzahlungen an die Arbeitszeit zu knüpfen, um arbeitsintensive bäuerliche Landwirtschaft zu fördern. 2015 flossen 55 Prozent der EU-Agrarförderungen an nur 18 Prozent der Betriebe, während auf 80 Prozent der Betriebe nur knapp 25 Prozent der Förderungen entfielen.

Die großzügige Quelle der Subventionen wird besonders gerne von Investor*innen und großen Agrarunternehmen angezapft. Mehr Fläche

bedeutet mehr Förderungen; Agrarinvestments in osteuropäischen Nachbarländern bieten sich an. Ungarn, Rumänien und Bulgarien verpflichteten sich mit dem EU-Beitritt zur Öffnung ihrer Landmärkte. Seither findet Landgrabbing auch vor unserer Haustür statt. Agrarinvestments gelten seit der Krise der Finanzmärkte 2009 als attraktive, profitable und sichere Anlageform. Beworben werden sie mit der Erwartung, dass die Preise für Wohnen und Lebensmittel weltweit steigen, was die Bodenpreise ankurbelt. Boden ist ein geradezu ideales Anlageobjekt – ein begrenztes, nicht vermehrbares Angebot steht wachsenden Konsum- und Platzbedürfnissen der steigenden Weltbevölkerung entgegen.



Folgen einer liberalen Auslegung von Eigentum

Die EU rühmt sich damit, das Recht auf Eigentum zu schützen und Investor*innen Sicherheit zu bieten. Wenn nicht das Recht auf soziale Sicherheit, auf angemessene Ernährung und auf Wohnen, sondern das Recht auf Eigentum geschützt wird, werden Existenzängste erzeugt. Die Konsequenz ist ein Ansturm auf den Bodenmarkt. Die steigenden Preise für Land machen auch Pacht und Miete unleistbar. Für die wenigen

kapitalstarken Akteur*innen ist das kein Problem, sie können ihren Grundbesitz vermehren und weitervererben.

Politisch entgegensteuern

Ideen für alternative Umgangsformen mit Grund und Boden haben eine lange Geschichte. Sie entstanden immer dann, wenn viele Menschen sich Land nicht mehr leisten können und sich Land in den Händen weniger konzentriert. An diesem Punkt sind wir wieder angelangt. Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Thema Bodenspekulation heiß diskutiert. Eine Bodenreformbewegung entstand, deren Ziel ein Umgang mit Grund und Boden war, der heute utopisch scheint, aber über Jahrhunderte weltweit funktionierte und in Spuren weiterlebt. Gemeinschaftliches Eigentum an Land wird im Alpenraum in Form von Weide- und Almwirtschaft praktiziert und ist in vielen Ländern noch gängige Praxis.

Welche politischen Instrumente können heute wirksam sein?

Grundsteuer und Grundverkehrssteuer: Die Erhaltung von Land ist wegen der niedrigen Grundsteuern fast kostenfrei, was der Spekulation mit Boden gelegen kommt. Die öffentliche Hand trägt die Kosten für Infrastruktur und Dienstleistungen (Verkehrsanbindung, Bildungs-

einrichtungen etc.), die den Wert eines Grundstücks steigern. Der Nutzen wird privatisiert, die Kosten sozialisiert. Wenn Nutzen und Kosten derart auseinanderdriften ist es klar, dass Spekulation und Landkonzentration gefördert werden. Während der Verkehrswert der Grundstücke um ein Vielfaches gestiegen ist, wurde die Grundsteuer in Österreich seit 1973 nicht valorisiert. Die 2017 beschlossene Neubestimmung der Einheitswerte in der Landwirtschaft aber bremst diese Entwicklung nicht – im Gegenteil: Gerade kleine Betriebe werden höher belastet.

Verkaufsverbot öffentlichen Bodens: In den Schweizer Städten Basel und Emmen wurde 2016 ein Volksbegehren angenommen, das der Stadt den Verkauf ihrer Flächen verbietet. Boden darf nur mehr in Baurecht (bis 99 Jahre) vergeben werden. Die Gemeinde Weyarn in Bayern praktiziert dies bereits seit den 80er Jahren. Kurzfristig muss auf das Aufbessern der Gemeindekasse verzichtet werden. Langfristig behält die Stadtverwaltung die Kontrolle über Raumplanung, verschertelt nicht ihr Tafelsilber und kann mit regelmäßigem Pachtzins rechnen.

Die Koppelung der EU-Direktzahlungen an die Arbeitszeit statt an Fläche: Bäuerliche Organisationen erwarten sich von dieser Maß-



nahme die Förderung arbeitsintensiver und vielseitiger Betriebe. Deren Aufgaben für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz würden dadurch unterstützt werden. Zugleich würde ein Treiber der Landkonzentration entschärft.

Praktisch entgegensteuern

Neben politischen Forderungen gilt es auch praktische Alternativen aufzubauen. Von den vielen Initiativen, die sich mit Zugang zu Land beschäftigen, hier zwei Beispiele:

Perspektive Landwirtschaft - Hofbörse und Anlaufstelle für außerfamiliäre Hofübergabe: Als eine der Ursachen für das Höfesterben wird häufig die fehlende Hofnachfolge genannt. Demgegenüber steht eine große Zahl gut ausgebildeter junger Menschen, die kein Hoferbe zur Verfügung haben, aber in die Landwirtschaft einsteigen wollen. Dazu braucht es eine Schnittstelle zwischen den zwei Gruppen. Seit November 2017 ist die Website „Perspektive Landwirtschaft“ online. Sie ist Treffpunkt und Schnittstelle zwischen Hofsuchenden und Hofübergabenden, bietet Informationen zu außerfamiliärer Hofübergabe, Existenzgründung in der Landwirtschaft und informiert über Beratungs- und Unterstützungsangebote. Mehr als eine Hofbörse ist „Perspektive Landwirtschaft“ eine Anlaufstelle für all jene, die das Thema außerfamiliäre Hofübergabe betrifft.

Munus Stiftung - Boden für gutes Leben: Ziel dieser Stiftung ist es, Grund und Boden zu erwerben und diesen an Projektgruppen zu verpachten. Eigentümerin bleibt die Stiftung, um so den Boden langfristig dem Markt zu entziehen. Die Munus Stiftung soll noch im Jahr 2018 ihre Arbeit aufnehmen. Der französischen Organisation „terre de liens“ wurden bereits über 150 Höfe gestiftet, die an junge Bäuerinnen und Bauern verpachtet wurden. In Österreich betritt die Munus Stiftung

mit dem Konzept Neuland. Die Stiftung selbst ist eigentümerlos, sie wird demokratisch verwaltet von Vertreter*innen der Projektgruppen und der Stifftenden. Grund und Boden wird so vom Privateigentum zum Allgemeingut. Die Idee oder das Lebenswerk eine*r Stifter*in, zum Beispiel ein Bauernhof, kann über Generationen weiterleben.

Ausblick

Angesichts der politischen Entscheidungen scheint die allgemeine Verwunderung über Agrarstrukturwandel und Landkonzentration seltsam. Die aktuelle Lage zeigt einen dringenden politischen Handlungsbedarf. Das Thema Landreform ist längst wieder aktuell. Darüber müssen wir dringend diskutieren. Neue Konzepte müssen formuliert werden. In der Zwischenzeit werden konkrete Projekte schon in die Tat umgesetzt. Mit zivilgesellschaftlichen Initiativen können wir uns gegenseitig unterstützen und Bewusstsein schaffen, um unsere Forderungen auch durchzusetzen. Boden ist eine viel zu wichtige Ressource, als dass wir die Ungleichverteilung von und die Spekulation mit Land hinnehmen können.

Margit Fischer ist in der Projektleitung der Hofbörse „Perspektive Landwirtschaft“ tätig sowie am Aufbau der Munus Stiftung beteiligt. Den Sommer verbringt sie gern und oft auf der Alm.



Demokratische Lebensmittelpolitik statt Wachsen oder Weichen



Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU begünstigt die exportorientierte, industrielle Agrarwirtschaft gegenüber der kleinbäuerlichen Produktion. EU-weit fallen 80 Prozent der Subventionen für die Landwirtschaft an nur 20 Prozent der flächenmäßig größten Betriebe. Aufgrund dieser Politik von „Wachsen oder Weichen“ schlossen im letzten Jahrzehnt EU-weit ein Drittel der kleinbäuerlichen Betriebe, in Österreich sogar über 40 Prozent.

EU Agrarpolitik im Interesse der Agrar-industrie

Diese Verdrängungsprozesse finden ebenso im globalen Süden statt, wo mithilfe von Freihandelsabkommen lokale Produktionssysteme durch die exportierte europäische Überschussproduktion zerstört werden. Menschen verlieren ihre Lebensgrundlagen und Selbstbestimmung, die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten steigt und damit – bei am Weltmarkt gegebenen Preisschwankungen – auch die Anzahl der Hungerkrisen. Darüber hinaus ist die Agrarindustrie bekannt für menschenverachtende Arbeitsbedingungen. Die fortschreitende Industrialisierung schädigt nicht nur die Gesundheit von Mensch und Tier – sie führt zu Landgrabbing und Vertreibung, verursacht Boden- und Wassererosion und zerstört Biodiversität und Klima: Das industrialisierte Ernährungssystem ist für über 50 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Dahinter steht vor allem die Macht der Agrarkonzerne, die Zugang zu neuen Exportmärkten und billigen Rohstoffen durch weitere Industrialisierung wollen. Die Agrarpolitik – sowohl der EU wie auch der heiligen Dreifaltigkeit von Landwirtschaftskammer, Bauernbund und Raiffeisen in Österreich – setzt diese Interessen bestmöglich durch.

Weiter wie bisher auch mit der nächsten Reform

Die Ausgestaltung der GAP führte seit ihrer Einführung 1962 zu einer dauerhaften und systemischen Überproduktionskrise bei gleichzeitigem Höfesterben. Seither erfuhr die GAP mehrere Reformen, die jedoch an der grundlegenden Ausrichtung nie rüttelten. Angesichts des gestärkten Mitspracherechts des EU-Parlaments setzten viele Menschen beispielsweise große Hoffnungen in die letzte GAP-Reform 2014. Trotzdem war sie kein großer Wurf: Umweltauflagen wurden nur zögerlich und für eine ökologische Wende völlig unzureichend eingeführt, und von einer Abkehr von der Exportorientierung kann keine Rede sein.

Die Grundproblematik der strukturellen Überproduktion in der EU bleibt weiter bestehen, wie die Entwicklungen am Milchmarkt beispielhaft zeigen: 2003 wurde die Milchquote angehoben, es kam wenig überraschend zu einer Überproduktion, woraufhin 2009 wieder Exportsubventionen eingeführt werden mussten. Anstatt gegenzusteuern, wurde 2015 die Quote komplett abgeschafft. Dies führte zu einem Preisverfall auf die Hälfte der Produktionskosten, der wiederum erhöhten Druck zur Industrialisierung bedeutet um Einkommensverluste wettzumachen – Überschussproduktion wird damit also festgeschrieben. Abgehängt werden wiederum die Kleinbäuerinnen und -bauern: Wer nicht mithalten muss, den Hof eben schließen. Die Politik reagiert

– aller vermeintlich bäuerinnennahen Rhetorik zum Trotz – mit „weiter wie bisher“: Man setzt jetzt erst recht auf eine Export- und damit Dumpingstrategie. Eine grundlegende Neuausrichtung der GAP ist angesichts der Machtverhältnisse auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten auch bei der nächsten Reform nicht zu erwarten.

Kehrtwende: Demokratische Lebensmittelpolitik

Eine Agrarwende, die sich am Konzept der Ernährungssouveränität orientiert, muss daher von unten vorangetrieben werden. Die Nyéléni-Bewegung und die „Wir haben es satt“-Plattform fordern eine kohärente, solidarische und demokratische Lebensmittelpolitik statt einer von Sozial- und Umweltpolitik entkoppelten Agrarpolitik.

Im Rahmen einer solchen Lebensmittelpolitik dürfen Gelder nur mehr an Betriebe ausgezahlt werden, die sozial-ökologisch nachhaltig produzieren. Förderungen müssen mit steigender Betriebsgröße gesenkt und gedeckelt werden und nicht mehr an die Fläche gekoppelt sein. Mittelfristig sollten Steuergelder nur mehr für Betriebe, die gesellschaftlich erwünschte Leistungen erbringen (wie etwa den Erhalt von Bodenfruchtbarkeit), aufgewendet werden. Gleichzeitig müssen Bäuerinnen und Bauern für ihre Produkte Preise erhalten, die ihnen ein stabiles, existenzsicherndes und würdevolles Einkommen ermöglichen. Dafür müssen der Lebensmittelmarkt reguliert und die Macht des Agrarbusiness aufgebrochen sowie die Handelspolitik auf Basis der Prinzipien Subsidiarität und Komplementarität neu ausgerichtet werden.

Widerstand gegen die aktuelle Agrarpolitik zu leisten und gleichzeitig Alternativen von unten aufzubauen, sind wichtige Schritte weg von der GAP hin zu einer Demokratischen Lebensmittelpolitik. Doch um aus der Defensive einerseits

und dem Nischendasein alternativer Initiativen andererseits hinauszukommen, müssen wir auch das bestehende System transformieren und demokratisieren. Anders gesagt: Demokratie muss Alltagspraxis werden. Dazu ist eine aktive Beteiligung von Bäuerinnen und Bauern, von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und auch von Konsument*innen ausschlaggebend. Besonders vielversprechend erscheinen in diesem Zusammenhang Ernährungsräte, wie sie in einigen Städten in den letzten Jahren sprießen.

Eine solche Wiederaneignung des Politischen kann auch ebenso notwendige Prozesse auf internationaler Ebene beflügeln, ohne die Konzernmacht und die damit verbundene Agrar- und Handelspolitik weltweit nicht eingedämmt werden kann. Als Meilensteine in diesem Prozess sind die derzeitigen UN-Verhandlungen über ein Abkommen zur verbindlichen Regulierung von Konzernen sowie über die Erklärung der Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern zu bewerten, deren progressive Ausgestaltung vom breiten zivilgesellschaftlichen Druck abhängen wird. Der Weg von der zerstörerischen GAP hin zu einer zukunftsfähigen Demokratischen Lebensmittelpolitik liegt vor uns, beschreiten wir ihn gemeinsam!

Carla Weinzierl ist Vorstandsmitglied von Attac Österreich und in der Nyéléni-Bewegung aktiv.



Milch.Macht.Politik.

Derzeit ist die Milchwirtschaft Österreichs und Europas stark exportorientiert. Berg- und Kleinbetriebe werden stark benachteiligt, und die Anzahl der Betriebe sinkt laufend. Schwankende Preise treiben Bäuerinnen und Bauern in prekäre Situationen und zerstören ihre Einkommensmöglichkeiten. Das Wohl der Kühe wird durch Zucht auf Hochleistung und hohen Kraftfuttereinsatz beeinträchtigt. Futtermittelimporte und Exporte von Milchüberschüssen haben verheerende Auswirkungen auf landwirtschaftliche Produktion außerhalb Europas.

Wachsen oder Weichen am „freien Markt“

Der Milchmarkt soll sich selbst regulieren, so das Kredo. Der „freie Milchmarkt“ ist jedoch nicht frei: Je größer Betriebe sind, desto mehr Subventionen erhalten sie derzeit. Die Milchproduktion wandert von den Berggebieten in die Gunstlagen, Milchkühe auf Almen gibt es immer seltener.

Bisherige Mengenregulierungen am europäischen Markt wurden mit dem 1. April 2015 durch die Abschaffung der Quoten für die Milchproduktion beendet. Vor dem Ende der Quote versprach der Präsident der Österreichischen Landwirtschaftskammer, Hermann Schultes, das Modell „60-20-20“: Um 60 Prozent sollte der Milchexport Österreichs steigen, der Preis um 20 Prozent, ebenso die Produktion. Weit gefehlt – die Produktion stieg, ebenso die Exporte der Molkereien. Jedoch nicht im 60-20-20-Gleichklang mit der Produktion. Dadurch sanken die Preise, die den Milchbetrieben ausbezahlt wurden, deutlich. Das Versprechen des Weltmarkts ist eine Illusion. Die Rechtfertigung der Agrarpolitiker: Immer neue Ausnahmen, die zu Turbulenzen am Weltmarkt führen.

Milchbäuerinnen und -bauern werden so zu Produzent*innen eines billigen Rohstoffes für

die verarbeitende Industrie, anstatt vom wertvollen Lebensmittel Milch in direktem Austausch mit den Konsument*innen leben zu können. Die EU ist der größte Milch(pulver)-Exporteur weltweit, die Milchpreise schwanken durch die Überproduktion auf niedrigem Niveau.

Kleinbäuerinnen und -bauern im globalen Süden bekommen das besonders zu spüren. Um die großen Mengen an Futtermittel herzustellen, die für die Milch- und Fleischproduktion in der EU gebraucht werden, müssen sie weichen, um Platz für diese Monokulturen zu machen. Auf der anderen Seite werden die Überschüsse an Milchpulver in andere Erdteile exportiert. Die Folge ist die Zerstörung der kleinteiligen Land- und Milchwirtschaft vor Ort.

Hilfe zur Selbsthilfe?

Bäuerinnen und Bauern gründeten bereits 2004 die IG-Milch, einen Verein als Interessensgemeinschaft für Gründlandbauern. Sie schufen die Marke „A faire Milch“. Die von Mitgliedern produzierte Milch wurde als Trinkmilch in einer Molkerei abgefüllt und in Supermärkten verkauft. Vom Erfolg des Projekts beflügelt wurde 2009 die Gesellschaft „Freie Milch Austria“ gegründet. Die Rohmilch wurde gebündelt direkt Verarbeitungsbetrieben angeboten und verkauft. Am Höhepunkt handelte die Freie Milch Austria die Milch von 5.000 Betrieben – 80 Millionen Kilo im Jahr.

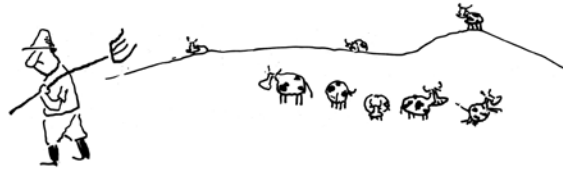


Der Konfliktforscher Franz Rohrmoser spricht von der „größten ‚Bauern-Selbst-Befreiung‘ seit der Nachkriegszeit“, weil die Firma ein Versuch war, aus der Vorherrschaft der raiffeisendominierten Genossenschafts-Molkereien auszubrechen. Nachdem sie starkem Gegenwind von Molkerei- und agrarpolitischer Seite ausgesetzt war, scheiterte die Freie Milch Ende April 2017 an der desaströsen Entwicklung am Milchmarkt. 35 bäuerliche Betriebe zitterten nach dem Ende der Handelsfirma bis zuletzt, ob sie ihre Milch an andere Molkereien liefern können. Alles andere als „frei“ waren sie dem Willen der Raiffeisen-Genossenschaftsmolkereien ausgesetzt. Diese Geschichte wirft kein gutes Licht auf Genossenschaften. Hilfe zur Selbsthilfe ja, aber für wen?

Diese Situation hat mehrere Schwierigkeiten zutage gefördert, denen Milchbäuerinnen und -bauern täglich ausgesetzt sind. Der Spielraum für die Höfe wie auch für die Molkereien wird dann besonders klein, wenn zu viel Milch am Markt ist. Eine entscheidende Frage ist dabei aber, wie Molkereien und Interessenvertretungen in dieser Lage agieren. Werden Druck und Risiko an die einzelnen Höfe weitergegeben, oder wird an einer solidarischen Organisation gearbeitet, um dieses gemeinsame Problem zu überwinden?

Die Landwirtschaftskammer als bäuerliche Interessenvertretung hat sich in der Angelegenheit kaum zu Wort gemeldet. Sie erscheint gespalten zwischen den Interessen der Bäuerinnen und Bauern und den genossenschaftlich organisierten Molkereien, die auch Mitglieder der Kammer sind. Welche Interessen gehen vor? Bäuerinnen und Bauern brauchen angemessene Preise für die von ihnen produzierte Milch, für die Molkereien hingegen ist ein billiger Rohstoff wirtschaftlicher.

ALARM: ZAHL DER BAUERN PRO KUH SINKT WEITER!



Die ÖBV und die IG Milch haben Lösungen für die Milchkrise und konkrete Schritte hin zu einer kleinbäuerlichen und alternativen Milchwirtschaft erarbeitet: Artgerechte Tierhaltung, Importbeschränkungen für Futtermittel und mehr Mitspracherecht in der Ausrichtung der Agrarpolitik. Begleitend braucht es Maßnahmen, welche die Produktion beschränken: den Kuhbestand an die verfügbare Fläche zu binden, weniger Einsatz von Kraftfutter, keine Förderung von Produktionsausweitung.

Diese Art der Bewirtschaftung hätte eine Reihe von positiven „Neben“-Effekten: Die Milchpreise und Einkommen würden steigen, es gäbe gesunde Lebensmittel und eine intakte Kulturlandschaft, und auf den Höfen würde die Lebensqualität für Menschen und Tiere steigen.

Judith Moser-Hofstadler ist Bio-Milchbäuerin in Albern-dorf (Oberösterreich) und bei der ÖBV-Via Campesina Austria aktiv.

Ernährungssouveränität heißt Anders Handeln!

Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 wurde die neoliberale Handelsagenda international festgeschrieben. Seither wird versucht, diese immer weiter zu vertiefen. Vermeintlicher „Frei“-handel wurde zum Selbstzweck, koste es was es wolle.

Wie das WTO-Agrarabkommen, so stellen auch die unzähligen bilateralen und regionalen Handels- und Investitionsabkommen, die seither verhandelt werden, einen Angriff auf kleinbäuerliche Systeme dar. Statt auf das Ziel ausgerichtet zu sein, Nahrungsmittel für Menschen zu produzieren, sind diese Abkommen zugunsten industrialisierter Agrarmodelle ausgestaltet, um in erster Linie Profite für Konzerne zu erzeugen. Ob im WTO-Agrarabkommen, in TTIP und CETA, im EU-Mercosur Abkommen oder in den EPAs, den vermeintlichen „Partnerschaftsabkommen“ der EU mit afrikanischen Regionen: Die neoliberale Handelspolitik geht auf Kosten



des Rechts auf Nahrung, schränkt politische Gestaltungsspielräume ein und bedeutet eine fortgesetzte Stärkung von Konzerninteressen. Schon das WTO-Agrarabkommen wurde von Funktionären der Agrarindustrie-Riesen ADM und Cargill geschrieben. Heute versuchen Konzerne sich Sonderrechte über regulatorische

Räte und Investitionsgerichtshöfe zu sichern. Diese Handelspolitik ist also ein Projekt der Mächtigen. Gerade deshalb war sie auch immer von heftigem Widerstand begleitet.

Unsere Welt ist keine Ware!

Es ist kein Zufall, dass die Gründung von La Via Campesina auch in diese Zeit fällt. Kleinbauern und -bäuerinnen und Landlose, Fischer*innen und Hirt*innen gehörten weltweit zu den ersten, die sich gegen das neoliberale Handelsregime auflehnten und den Schutz der Nahrungsmittelproduktion vor der WTO-Liberalisierungsagenda forderten.

Denn die negativen Auswirkungen der neoliberalen Handelspolitik sind in der Landwirtschaft und in ländlichen Regionen besonders deutlich zu spüren. Die Existenzgrundlagen von Millionen von Bäuerinnen und Bauern, sowie Saatgut, Wasser, Böden, Land und Tiere geraten massiv unter Druck. Arbeiter*innen werden unter weltweite Konkurrenz gesetzt, Löhne, Einkommen und Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Im Widerstand gegen die neoliberale Handelsagenda geht es um das Recht von allen Menschen, heute und in Zukunft selbst darüber bestimmen zu können, wie unsere Lebensmittelsysteme ausgestaltet werden.

Handelspolitik im Interesse von Konzernen

Nichtsdestotrotz wird weiterhin mit allen Mitteln versucht, Lebensmittel und Landwirtschaft über den Weltmarkt einzuhegen: Es gibt kein besseres Geschäft, als Märkte für Lebensmittel möglichst umfassend zu kontrollieren. So wächst gerade in den der Agrarproduktion vor- und nachgelagerten Bereichen die Markt- und Machtkonzentration von Konzernen stetig: bei Saatgut, Tierzucht, Pestiziden, Düngemitteln,

Futtermitteln, Maschinen, sowie im Großhandel, in der Verarbeitung und im Einzelhandel. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Nachdem die EU Wettbewerbskommission 2018 die Fusion von Bayer und Monsanto genehmigte, werden bald zwei Drittel sowohl des Saatgut-, als auch des Agrarchemiemarktes von nur mehr drei Megakonzernen kontrolliert. Damit steigt auch die Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern, vor allem wenn Konzerne branchenübergreifend fusionieren: "Baysanto" wird jeden Anreiz haben, nur mehr Saatgut zu produzieren, das nur mit der eigenen Chemie wachsen kann.

Bauern und Bäuerinnen werden im konzerndominierten Ernährungsregime zu Abnehmer*innen und zu Rohstofflieferant*innen für die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie degradiert. Die Bedingungen dafür bestimmt nicht der „freie“ Markt; vielmehr schaffen sich die Mächtigen Rahmenbedingungen, die ihre Interessen bedienen.

Anders Handeln!

Es ist klar und deutlich: Wenn wir gutes Essen für alle wollen, dann müssen erstens die neoliberalen Handelsdogmen überwunden werden und zweitens müssen Konzerne entmachtet werden. Um vom Widerstand in die Offensive zu kommen, wurde Anfang März 2018 die Plattform „Anders Handeln – Globalisierung gerecht gestalten“ ins Leben gerufen. Ziel der beteiligten Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften ist es, Alternativen zur neoliberalen Agenda in den Vordergrund zu stellen und die allgemeine Ablehnung einer breiten Masse gegenüber dieser ungerechten Politik aufzuzeigen. Unsere Kritik stellt das Freihandelsparadigma grundsätzlich in Frage und bezieht sich nicht nur auf Detailfragen bei einzelnen Abkommen. Die herrschende Maxime der Mächtigen, Profite vor Menschen zu stellen, muss abgelöst werden. Sonderklagerechte für Konzerne, Ausbeutung von Arbeit entlang der Wertschöpfungsketten und profitgetriebene Ein-

griffe in die öffentliche Daseinsvorsorge oder in die Lebensmittelproduktion sind grundsätzlich abzulehnen. Und Geheimverhandlungen an den Parlamenten vorbei darf es nicht mehr geben.

Auf dem Weg zu einer solidarischen Handelspolitik

Eine solidarische Handelspolitik kann und soll Bedürfnisorientiert und demokratisch gestaltet werden. Mit Anders Handeln wollen wir unsere Kritik von jener aus dem rechten Lager sichtbar unterscheiden: Unsere Vision ist die Gestaltung einer solidarischen Wirtschaft mit dem Ziel, ein gutes Leben für alle Menschen weltweit zu ermöglichen und die natürlichen Grundlagen dafür zu erhalten. Und das unterscheidet uns ganz fundamental von den „Amerika zuerst“ oder „Exportweltmeister“-Ansagen von Trump, Merkel und Co., für die letztlich immer nur der Vorteil für die eigene Wirtschaft beziehungsweise die eigenen Konzerne relevant und handlungsanleitend ist. Die Visionen und Alternativen, für die wir kämpfen, wurden und werden gemeinsam von vielen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in allen Regionen der Welt erarbeitet – sie sind die demokratischen Alternativen, die von direkt Betroffenen entwickelt werden.

Ernährungssouveränität ist zentral, wenn es um die Ausgestaltung einer solidarischen Handelspolitik geht. Ernährungssouveränität heißt Anders Handeln!

***Carla Weinzierl** ist Vorstandsmitglied von Attac Österreich und in der Nyéléni-Bewegung aktiv.*

***Franziskus Forster** ist in der Nyéléni-Bewegung aktiv und arbeitet bei der ÖBV-Via Campesina.*



Ernährungssouveränität – gemeinsam(e) Wege gehen

Machen wir zum Schluss noch mal ein Gedankenexperiment und schauen abermals in die Glaskugel. Wieder zeigt sie uns die Geschichten hinter unseren Lebensmitteln, diesmal jedoch aus der Zukunft. Eine mögliche Geschichte, die diese Glaskugel erzählen könnte, zeigt die Rückeroberung der demokratischen Mitbestimmung im Ernährungssystem; jene Zukunft, die wir heute in den Kämpfen um Ernährungssouveränität auf vielen Ebenen und Regionen dieser Welt gemeinsam aufbauen.

Der Zauber der Glaskugel lässt uns auch die Wege in diese Zukunft sehen und erzählt uns Geschichten über die Bewegung für Ernährungssouveränität, die Nyéléni-Bewegung, und in ihrem Zentrum Geschichten über La Via Campesina, die größte soziale Bewegung weltweit, die über 200 Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern, Landarbeiter*innen und Landlose vereint. La Via Campesina erkannte bald, dass die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme nur durch Allianzen mit anderen Bewegungen erkämpft werden kann.

In der Nyéléni-Bewegung – benannt nach einer Bäuerin aus Mali, die zur Symbolfigur für den kleinbäuerlichen Widerstand wurde – sind solche breite Allianzen möglich, weil sie sich an den

Bedürfnissen und Anliegen der betroffenen Menschen orientiert. Sie ermöglicht politisch Ausgeschlossenen gemeinsam ihre Interessen zu formulieren und praktische Solidarität zu leben.

Gemeinsame bisherige Wege

2007 versammelten sich beim ersten internationalen Nyéléni-Forum Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen, Konsument*innen und Frauenbewegungen, aber auch urbane Bewegungen. Gemeinsam entwarfen sie Prinzipien von Ernährungssouveränität sowie Ziele und Forderungen. Ein wesentlicher Charakter des Nyéléni-Prozesses ist die aktive Beteiligung sozialer Randgruppen. Dazu gehören Bäuerinnen und Bauern, die üblicherweise schwer Zugang zu politischen Prozessen finden, ebenso wie armutsbetroffene Menschen.

Ihre Teilnahme am ersten europäischen Nyéléni-Forum 2011 in Krems (Österreich), das 400 Menschen aus 32 Ländern versammelte, prägte die damals gemeinsam entwickelte Deklaration. Das zweite europäische Forum wurde 2016 sehr bewusst in Rumänien – wo die Anzahl der Höfe seit dem EU-Beitritt massiv zurückgegangen ist – durchgeführt, um die Bewegung in Osteuropa und Zentralasien zu stärken. So nahmen an diesem Treffen über 500 Menschen aus 42 Ländern teil, um die Vision der Ernährungssouveränität zu diskutieren und gemeinsame Aktionsformen

zu erarbeiten. Neben Umwelt-, Menschenrechts- und Frauenorganisationen beteiligen sich globalisierungskritische Bewegungen, Gewerkschafter*innen, lokale Projekte und Graswurzelinitiativen.

Das erste österreichische Forum fand 2014 in Goldegg statt. Seitdem trifft sich die Bewegung zwei Mal jährlich zu einem Frühjahrs- und Herbsttreffen. Damit bringt sie jene Akteur*innen zusammen, die auf unterschiedlichen Ebenen Ernährungssouveränität in die Praxis umsetzen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung im Ernährungssystem ausfechten.

Lokal handeln und globale Solidarität schaffen

Ein zentrales Ziel der Nyéléni-Bewegung ist, transnationale Solidarität zwischen jenen Menschen herzustellen, die sich für Ernährungssouveränität einsetzen und an Alternativen von unten arbeiten. Sie stellt sich damit gegen jene Kräfte, die den globalen Norden gegen den Süden ausspielen und Migrant*innen die Schuld für Verarmung und Krise zuschreiben. Die gemeinsamen Visionen fokussieren auf eine Umgestaltung der Konsum- und Produktionsweise sowie der politischen Rahmenbedingungen dafür – auf weltweiter, europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

„Wir sind davon überzeugt, dass Ernährungssouveränität nicht nur ein Schritt hin zur Veränderung unserer Lebensmittel- und Agrarsysteme ist, sondern auch ein erster Schritt hin zu einem breiteren Wandel unserer Gesellschaften“, besagt die Deklaration des Nyéléni-Forum Krems. Ernährungssouveränität ist eine gemeinsame Vision, die auf unterschiedlichen Ebenen erkämpft wird und eine völlige Neugestaltung des Lebensmittelsystems bedeutet. Sie ist das Dach,

unter dem sich der Widerstand gegen die Agrarindustrie ebenso wiederfindet wie die Kampagne zur Transformation der neoliberalen Politik hin zu Alternativen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern. Ernährungssouveränität steht für den Kampf zwischen unterschiedlichen Produktionsmodellen: Agrarindustrie gegen bäuerliche Landwirtschaft.

In der Deklaration von Nyéléni Europe (2011) werden dazu wesentliche Transformationsprozesse benannt:

- Umbruch in der Produktion und dem Konsum von Lebensmitteln
- Neugestaltung der Lebensmittelverteilung
- Wertschätzung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Verhältnisse
- Recht auf Gemeingüter zurückfordern
- Politiken verändern, die unsere Lebensmittel- und Agrarsysteme den Konzernen ausliefern.

Was uns die Glaskugel zeigen kann: Die Zukunft unserer Ernährung liegt in unseren eigenen Händen. Die Bewegung für Ernährungssouveränität zeigt auf, dass positive Visionen möglich sind und im Hier und Jetzt umgesetzt werden können. Diese Broschüre soll Handlungsmöglichkeiten eröffnen, die weit über ein „richtiges Einkaufen“ hinausgehen. Nur gemeinsam können wir eine Welt ohne Hunger, ohne Ausbeutung und Umweltzerstörung Wirklichkeit werden lassen.

Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!

***Julianna Fehlinger** ist aktiv in der Bewegung für Ernährungssouveränität und arbeitet für die ÖBV-Via Campesina Austria.*



Literatur, Links, Kontakte

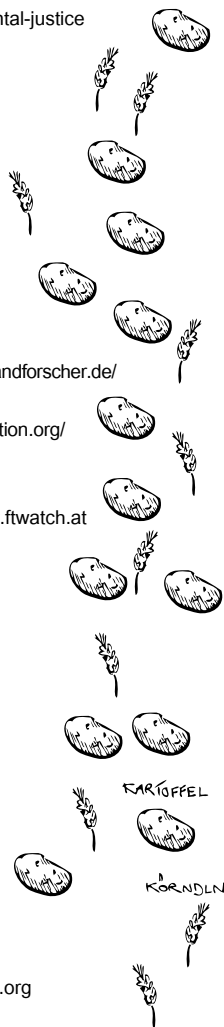
... zum weiterlesen, vertiefen und aktiv werden!

Ernährungssouveränität, globale Landwirtschaft

- 🍏 **Nyeléni Österreich:** www.ernaehrungssouveraenitaet.at
- 🍏 **Podcast "The Secret Ingredient":** <http://thesecretingredient.org/>
- 🍏 **Reportagen und Analysen Uwe Hoering:** www.globe-spotting.de
- 🍏 **Transnational Institute – Agrarian Justice:** <https://www.tni.org/en/agrarian-environmental-justice>
- 🍏 **Welternährung und globale Landwirtschaft:** <http://www.agrardebatte.de/>
- 🍏 **I.L.A.-Kollektiv:** Imperiale Lebensweisen: www.aufkostenanderer.org
- 🍏 **Foodfirst Institute:** <http://www.foodfirst.org/>
- 🍏 **Blog Raj Patel:** <https://rajpatel.org>
- 🍏 **Weltagrарbericht:** www.weltagrарbericht.de
- 🍏 **Bauernkonflikte und Landwirtschaft:** <https://bauernkonflikte.wordpress.com/>
- 🍏 **Pan-African Voices for Freedom and Justice:** <http://www.pambazuka.org>
- 🍏 **Food Crisis and the global land grab:** www.farmlandgrab.org
- 🍏 **GRAIN:** www.grain.org
- 🍏 **Aktion Agrar:** www.aktion-agrar.de
- 🍏 **Supermärkte:** www.supermarktmacht.de
- 🍏 **Kritischer Agrarbericht:** <http://www.kritischer-agrarbericht.de> und **Die Landforscher:** <http://landforscher.de/>
- 🍏 **ETC Group:** www.etcgroup.org
- 🍏 **Commons:** <http://commons.at/> und **Social Innovation Netzwerk:** <http://www.social-innovation.org/>
- 🍏 **Recht auf Stadt:** <http://www.rechtaufstadt.org> und <http://www.rechtaufstadt.net/>
- 🍏 **Frauen und Landwirtschaft:** <http://www.viacampesina.at/inhalte/frauen/>
- 🍏 **Finance & Trade Watch** Infos zu Grünem Fliegen und Finanzialisierung der Natur: www.ftwatch.at
- 🍏 **Milchmanifest:** <http://www.viacampesina.at/?download=234>
- 🍏 **Bäuerliche Rechte:** <http://www.fian.org/what-we-do/issues/peasants-rights/>
- 🍏 **TNC-Treaty:** <https://www.attac.at/kampagnen/regeln-fuer-konzerne-weltweit.html>

Bewegungen, Initiativen und Organisationen

- 🍏 **Anders Handeln-Plattform:** www.anders-handeln.at
- 🍏 **Sezonieri Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen:** <http://www.sezonieri.at>
- 🍏 **Nyeléni (global):** www.nyeleni.org (Erklärung von Nyéléni und Aktionsplan)
- 🍏 **Nyeléni Europa:** www.nyelenieurope.net (Deklaration von Nyéléni Europa)
- 🍏 **La Via Campesina:** <http://viacampesina.org>
- 🍏 **Europäische Koordination Via Campesina (ECVC):** <http://www.eurovia.org/>
- 🍏 **ÖBV-Via Campesina Austria:** www.viacampesina.at
- 🍏 **AgrarAttac:** <http://attac.at/agrar>
- 🍏 **FIAN Österreich:** www.fian.at
- 🍏 **Reclaim the Fields:** www.reclaimthefields.org
- 🍏 **International Panel of Experts for Sustainable Food Systems (IPES):** www.ipes-food.org
- 🍏 **Emancipatory Rural Politics Initiative (ERPI):**
<https://www.iss.nl/en/research/networks/emancipatory-rural-politics-initiative-erpi>
- 🍏 **Afrique Europe Interact:** www.afrique-europe-interact.net
- 🍏 **Solidarische Landwirtschaft in Österreich:**
http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/wiki/Solidarische_Landwirtschaft



- 🍷 **Urgenci:** www.urgenci.net
- 🍷 **Solidarische Landwirtschaft Deutschland:** <http://www.solidarische-landwirtschaft.org>
- 🍷 **Meine Landwirtschaft:** www.meine-landwirtschaft.de
- 🍷 **Wir haben es satt-Plattform Österreich:** <https://wirhabenessattaustria.wordpress.com/>
- 🍷 **IG Milch:** www.ig-milch.at
- 🍷 **Forum Civiue/Europ. BürgerInnenforum:** www.forumcivique.org
- 🍷 **Terre de Liens:** <http://www.terredeliens.org>
- 🍷 **Hofbörse Österreich:** <http://www.perspektive-landwirtschaft.at/>
- 🍷 **Stadtfrucht Wien – urbane Selbstversorgung:** <https://stadtfruchtwien.wordpress.com/>
- 🍷 **FoodCoops in Österreich:** www.foodcoops.at



Bücher und Artikel:

- 🍷 **Bernstein, Henry** (2010): Class Dynamics and Agrarian Change. Fernwood Publishing
- 🍷 **Van der Ploeg, Jan Douwe** (2013): Peasants and the Art of Farming. A Chayanovian Manifesto. Fernwood Publishing.
- 🍷 **Brand, Ulrich et al.** (2012): ABC der Alternativen 2.0. . VSA Verlag
- 🍷 **Edelman, Marc/Borras, Saturnino M. Jr.** (2016): Political Dynamics of Transnational Agrarian Movements. Fernwood Publishing
- 🍷 **Chopin, Gérard / Strickner, Alexandra / Trouvé, Aurélie** (2011): Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa. Mandelbaum Verlag.
- 🍷 **Heinrich Böll Stiftung et al.** (2017): Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. 2017
- 🍷 **ECVC & Hands Off the Land-Alliance** (2013): Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe. TNI
- 🍷 **Brand/Wissen** (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: Oekom
- 🍷 **ETC Group et al.** (2017): Who will feed us? ETC Group
- 🍷 **Initiatives in Critical Agrarian Studies (ICAS):** <https://www.iss.nl/icas>
- 🍷 **Ermann/Langthaler/Penker/Schermer** (2018): Agro-Food Studies. Eine Einführung. Böhlau
- 🍷 **I.L.A.-Kollektiv** (2017): Auf Kosten Anderer. Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. Oekom-Verlag
- 🍷 **Krammer, Josef; Rohrmoser, Franz** (2012): Im Kampf um ihre Rechte. Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich. Promedia.
- 🍷 **Patel, Raj/Moore, Jason** (2017): A History of the World in Seven Cheap Things. A Guide to Capitalism, Nature, and the Future of the Planet. UC Press
- 🍷 **Patel, Raj** (2007): Stuffed and Starved. The Hidden Battle for the World Food System. Portobello Books
- 🍷 **Holzinger, Lutz, Staudinger, Clemens** (2013): Schwarzbuch Raiffeisen. Mandelbaum Verlag
- 🍷 **Klimakrise und Lebensmittel:**
<https://aseed.net/pdfs/ASEED-klima-lebensmittelsystem-brochure-deutsch.pdf>
- 🍷 **Sezonieri Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen in Österreich (Hg),** 2016: Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt ... Gewerkschaftliche Organisation in der migrantischen Landarbeit – ein internationaler Vergleich. Bestellung: sezonieri@gmx.at
- 🍷 **FIAN** (2017): Mit Agrarökologie für das Recht auf Nahrung. FIAN Österreich

